

Objektyp: **Issue**

Zeitschrift: **Das Konzept : die Monatszeitung**

Band (Jahr): **6 (1977)**

Heft 10

PDF erstellt am: **10.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

das Konzept

Erscheint monatlich an allen Hochschulen, Techniken, Seminarien und andern höheren Schulen der Deutschschweiz: Auflage 32 000

Redaktion:
Bruno Baeriswyl, Ruedi Küng, Rolf Nef
Beat Schweingruber, Liselotte Suter

Inserate: Inseratenverwaltung «das Konzept», Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Tel. (0) 47 75 30
PC-Konto 80-36651

Adresse: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Tel. (0) 47 75 30

Abonnemente: pro Jahr Fr. 16.- (Austl. 20.-) Schüler und Lehrlinge Ermässigung

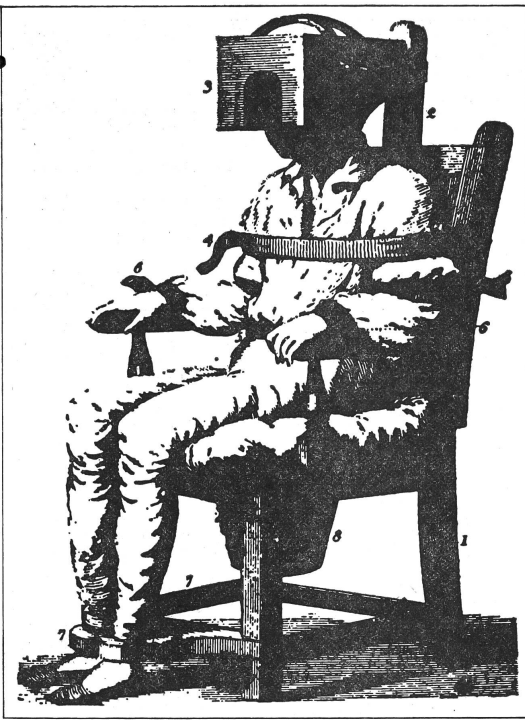
Die Diskussion über Terrorismus läuft in falschen Geleisen
Adolf Muschg und die Redaktion nehmen Stellung
Seite 2 und 3

Gefängnisse in der Schweiz
Wie ist das Eingesperrtsein in unseren Gefängnissen?
Seite 3

Mario Grasso: Bildergeschichte
Die Maske, oder wie man aus einem Knaben einen Mann macht
Seite 5

Tourismus in die dritte Welt
Seite 9

... und nicht vergessen:
zum Ausschneiden
Abonnentalon
Seite 7



Der Tranquilizer von Rush (1811) verwandelte den Insassen in ein unbewegliches Objekt. Das Gerät war ein am Boden festgeschraubter Stuhl, an dessen Rücken eine ausziehbare Holzschiene befestigt war. Die Schiene trug zwei kubische Backen aus Hartholz, die auf der Innenseite mit Sackleinwand gepolstert waren. Der Kopf des Insassen wurde derart in die Backen eingezwängt, dass er sich nicht mehr rühren konnte. Arme und Beine wurden durch Gurte gefesselt; hölzerne Zangen, die aus dem Untergestell des «Beruhigers» hervorstachen, legten die Füsse still.
(Aus: Ein Rückblick auf den Fortschritt. Kursbogen zum Kursbuch 28, Das Elend mit der Psyche. I. Psychiatrie, 1972.)

Ein Arzt nimmt Stellung: Elektroschocks sind bloss Symptombehandlung

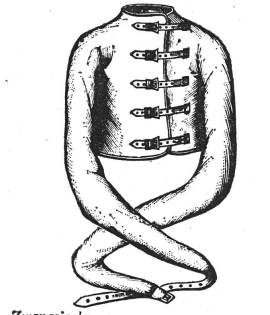
Fragwürdige Heilung psychisch Kranker

Nach der Demonstration gegen das Atomkraftwerk Gösigen wurde eine Teilnehmerin in die Genfer Psychiatrieklinik Bel-Air eingeliefert, in Isolation gehalten und mit Elektroschocks «behandelt» (vgl. «das Konzept» Nr. 7, 8/77). Als darauf die Doktoren deHaan und Enckel sich gegen die Anwendung von Elektroschocks aussprachen, wurden sie von der Klinik weggeschickt und als «gefährlich für ihre Patienten» bezeichnet. In der Westschweizer Presse wurde die Frage nach der Anwendung von Elektroschocks in der Psychiatrie

aufgegriffen und einem breiteren Publikum bekanntgemacht. Die Deutschschweizer Presse hingegen hielt sich still, weshalb «das Konzept» einen kompetenten Arzt um einen Bericht aus eigener Erfahrung angefragt hat. Er zeigt mit eindrücklichen Argumenten, dass die Psychiatrie sich um die sozialen Ursachen der psychischen Störungen kümmern muss, wenn sie wirklich die Krankheiten erkennen will. (Wir haben am Schluss des Artikels einige Fachausdrücke kurz erläutert.)
Die Red.

Primum nil nocere, vor allen Dingen keinen Schaden anrichten, ist einer der obersten Grundsätze ärztlicher Ethik. Diesem Prinzip wird bei der Anwendung von Elektroschocks (ES) zuwidergehandelt. Denn der ES ist eine Behandlung, die das Gehirn schädigt: es entsteht in jedem Fall ein sogenanntes POS (= Psychoorganisches Syndrom, d.h. psychische Veränderungen aufgrund einer organischen Schädigung des Gehirns). Die Tatsache, dass das akute POS in den meisten Fällen reversibel ist, mildert diesen Vorwurf nicht. In jenen Fällen, in denen ES serienweise angewandt werden, ist diese Reversibilität nicht mehr gewährleistet, auch wenn elektroenzephalographisch keine Abweichungen der Hirnstromkurve vom normalen Verlauf nachweisbar sind. Ich bin Patienten begegnet, die auf ihrem Leidensweg durch die psychiatrische Institution mit weit über hundert ES traktiert wurden. Sie waren gelähmt derart abgestumpft und in ihrem Gefühlsleben abgetaucht, dass sich die Annahme aufdrängen musste: Hier ist etwas schiefgelaufen; entweder haben wir es mit dem fatalen Folgen des Hospitalismus zu tun, oder aber, was ebenso wahrscheinlich ist, die schleichende Verblödung dieser Menschen ist durch die wiederholte Anwendung der Elektroschocks beschleunigt worden, ist also das Resultat eines organischen Hirnabbaus, ähnlich wie wir dies von den chronischen Epileptikern her kennen. Denn der ES ist ja nichts anderes als ein künstlich erzeugter, generalisierter epileptischer Anfall.

weg) oder: «Ich fühle mich wie neugeboren.»
Der Schein trügt jedoch. Es handelt sich dabei um einen Stimmungsumschwung, der in einzelnen Fällen sogar in eine manische Phase münden kann. Gewöhnlich aber verfallen die Leute in einen Zustand dumpfer Euphorie, und wenn man mit ihnen ins Gespräch zu kommen versucht, um die aktuelle Lebenslage zu besprechen oder etwas aus ihrer Vergangenheit zu erfahren, so haben sie plötzlich «alles vergessen» – wunschgemäß, ist man versucht zu sagen (ob dem Wunsch des Patienten oder des behandelnden Arztes entsprechend, bleibe dahingestellt).
Die Vergesslichkeit ist ein untrügliches Zeichen für das Vorliegen eines POS. Damit wird eine Untersuchung der krankmachenden Umstände verun-



Zwangsjacke (aus: Ein Rückblick auf den Fortschritt, Kursbogen zum Kursbuch 28, Das Elend mit der Psyche, 1972)

Schocktherapie: Symptombehandlung
1. raschere Aufhellung depressiver Zustände;
2. Senkung der Selbstmordraten.

Zum ersten Argument: Auf den ersten Blick hat der ES nicht nur negative Auswirkungen. Es ist immer wieder erstaunlich zu sehen, welche rasche «Erfolge» bereits nach den ersten Schocks z. B. bei depressiven Patienten erzielt werden. Schon nach wenigen Tagen kann man in der Tat Zeuge einer «Aufhellung» des depressiven Zustandsbildes werden, und die Patienten sagen etwa: «Ich bin erleichtert, die ganze Last ist

möglich, und die Leute werden nach einigen Wochen aus der Klinik entlassen, ohne neue Einsichten in ihre Lebensproblematik gewonnen zu haben – ohne dass sie nun also in der Lage wären, von sich aus etwas in ihrem Leben zu ändern. Wen wundert's, dass sie bald rückfällig werden? Grotesk, wenn auch nachvollbar, mutet dann das gelegentliche Ansuchen dieser Patienten um neuerliche Hilfe mittels «Elektrobehandlungen» an, sobald die depressive Entwicklung einen neuen Tiefpunkt erreicht hat – weil ihnen die letzte «Kur» doch «so gutgefallen» hat. Nicht selten kommt es vor, dass gewisse Patienten regelrecht ES-süchtig werden und immer wieder nach Schockbehandlungen verlangen, sobald nur die geringsten Anzeichen einer depressiven Verstimmung auftreten. Sie bedürfen dann einer Entwöhnungsbehandlung ähnlich einem Suchtmittelabhängigen, wollen sie aus ihrem Teufelskreis befreit werden. Doch oft ist es dazu zu spät, weil sie organisch abgebaut sind und damit die Funktion des Hirngewebes durch die wiederholten «Kuren» beeinträchtigt ist, was sich u. a. in einem erheblichen Verlust der Kritikfähigkeit manifestiert. Die Fähigkeit zur Selbstkritik ist jedoch Voraussetzung zur wirklichen Aufhellung bzw. Aufdeckung psychischer Konflikte.

Schocktherapie
Krankheiten durch plötzlichen, überfallartigen Eingriff in den beim Patienten vorhandenen körperlichen und psychischen Zustand. Mittels schockierendem Reiz und der dadurch ausgelösten intensiven Reaktion soll eine Heilwirkung erzielt werden. Die Behandlung mit Elektroschock, welche eigentlich beim Patienten einen epileptischen Anfall auslöst, wurde 1938 eingeführt. Daneben gibt es noch Schocktherapien mit Amphetamin, Cardiazol, Insulin.

Das zweite Argument, nämlich die Behauptung, die Selbstmordrate werde durch die Anwendung von ES gesenkt, ist nicht leicht zu widerlegen, es ist aber auch nicht bewiesen. Ich kenne keine statistischen Arbeiten zu diesem Problem, sondern nur desbezügliche Hinweise von Kollegen, die ES regelmässig anwenden. Dazu gäbe es noch einiges zu fragen, z. B. ob wir Menschen, deren Lebenswille am Erlöschen ist, einen guten Dienst erweisen, wenn wir ihr unerfülltes Leben mittels apparativer Tricks zu verlängern suchen. Das künstliche Niedrighalten der Selbstmordrate durch so fragwürdige Massnahmen, wie ES, ist allerdings immerhin ein so weitverbreitetes psychisches Leid in unserer Gesellschaft, das uns u. a. in Form von Depressionen entgegentritt, hinwegtäuschen. Ich glaube, wir müssen zu den hohen Selbstmordziffern, welche in den letzten Jahren noch sprunghaft angestiegen sind, als einer gesellschaftlichen Realität stehen und ihren Gründen nachgehen. Die Lösung dieses Problems kann nicht «Elektroschock» heissen.
Auf jeden Fall handelt es sich bei der Behandlung mit ES, deren Anwendung

U. C. (1877-1963)*

*Ugo Cerletti, italienischer Psychiater, Mitbegründer des Elektroschocks als psychiatrische Behandlungsmethode.

I
Und ich begab mich zum Schlachthof (und war Dir. Neurobiolog. Inst. Mailand) und ich sah, die Schweineschädel zwischen den schweren Metallzangen (und mein Herrenzimmer in der Via Savoia) und den Schalthebel (und meine antiken Bronzestatuetten auf dem Schreibtisch) und ich bemerkte wie die Tiere bewusstlos zusammensanken und steif wurden (und Prof. I. Neuropsychiatrie Univ. Bari Univ. Genua Univ. Rom) und wie sie dann nach ein paar Sekunden in Krämpfe verfielen (und Erfinder eines Zünders für Artillerie und Luftwaffe) und ich dachte dass hier für meine Versuche ein äusserst wertvolles Material vorlag (und meine Orden und Goldmedaillen) und ich beschloss zu untersuchen welche Dosis welche Spannung und welche Methode erforderlich wären um den Tod der Schweine herbeizuführen (und Präs. Ital. Ges. f. Psychiatrie) und ich gab ihnen Stromstösse durch den Schädel von verschiedenen Seiten (den Ehrenmitglied. Komitee f. Biol. u. Med. des Nationalen Forschungsrates) und durch den Rumpf (mehrere Minuten lang (und Kandidat für den Nobelpreis) und es fiel mir auf, dass die Tiere selten verendeten wenn der Strom durch ihren Kopf floss (und meine Haushälterin und mein Rauchverzehrer in Gestalt einer Porzellanleule) und dass sie nach heftigem Starrkrampf minutenlang liegenblieben (und Dr. h. c. Sorbonne Paris) und sich dann mühsam erholten (und Dr. h. c. Rio de Janeiro und São Paolo und Montréal für bahnbrechende Kropf- und Kretinismusstudien) und dass sie versuchten zu fliehen

ohnehin sehr streng gehandhabt und nur auf schwere Fälle von sog. endogenen Depressionen und katatone Zustände (Katatonie = Sonderform von Schizophrenie mit körperlicher Starre oder Erregtheit) begrenzt werden sollte, um eine reiche Symptombekämpfung, da ja die Ursachen der Erkrankung nicht hinterfragt werden. Der Arzt braucht sich mit geschockten Patienten und deren konfliktuellem Lebenshintergrund nicht auseinanderzusetzen. Nur am Rande sei vermerkt, dass gerade für Privatkliniken die häufige Anwendung von ES ein einträgliches Geschäft darstellt.

Und die chemischen Mittel

Ähnliches gilt übrigens für die Verschreibung von Psychopharmaka, wenn auch nicht in gleichem Ausmass. Eine wesentlich differenziertere Betrachtungsweise ist hier sicher am Platz. In bestimmten Fällen leisten insbesondere die sog. Neuroleptika grosse Hilfe; ohne sie kommt die moderne Psychiatrie praktisch nicht mehr aus, und ohne sie wäre auch ein nur einigermaßen geordnetes Leben vieler psychisch Kranker unter der gegebenen sozialen Bedrängung nicht mehr denkbar. Auch wenn das Schlagwort von der «chemischen Zwangsjacke» einige Berechtigung hat,

haben wir es doch gerade diesen Medikamenten zu verdanken, dass wir auf veraltete Behandlungsmethoden wie Einschliessen, Elektroschocks, Schlaf- und andere Kuren heute verzichten können. Den unkontrollierten Massenkonsum von Tranquilizern vom Typ Valium, Librium, Seresta und wie sie sonst noch alle heissen, halte ich dagegen für gefährlich. Hier ist einem Grossteil der Ärzteschaft der Vorwurf nicht zu ersparen, dass sie ihre an neurotischen Störungen und psychosomatischen Symptomen leidenden Patienten mit recht stark eingreifenden, zudem abhängig machenden Medikamenten vornehmlich beruhigt, sei es aus Zeitmangel oder fehlender psychotherapeutischer Kompetenz. Hinter dieser Praxis stehen zudem die Geschäftsinteressen der pharmazeutischen Industrie, die ihre Ware durch eine raffinierte Propaganda allzuleicht «an den Mann» bringt.

Psychische Betriebsstörung?

Elektroschocks werden heute noch in den meisten psychiatrischen Kliniken der Schweiz durchgeführt. In vielen, sogar in den führenden, Universitätskliniken gehören sie zur täglichen Routine.

Fortsetzung auf Seite 8

II
Und ich wies meine Assistenten an nach einer geeigneten Versuchsperson Ausschau zu halten (und W. H. Duce) und am 15. 4. 1938 überwieß mir der Polizeipräsident von Rom ein Individuum zur Beobachtung (und der Faschismus ist über den verwesenen Leib der Göttin Freiheit hinweggestiegen) und ich zitiere aus seinem Begleitschreiben (und Italiener! Schwarzhemden! Legionäre!): «S. E., Ingenieur und 39 Jahre alt und aufgegriffen am Hauptbahnhof und ohne gültigen Fahrausweis und offenbar nicht im vollen Besitz seiner Geisteskräfte» (und nicht endenwollende Ovationen) und ich wählte diesen Mann aus für meinen ersten Menschenversuch

III
Und ich brachte zwei Elektroden an seinen Schläfen an (und die wichtigsten Indikationen sind Schizophrenie und Paranoia) und ich beschloss mit 80 Volt Wechselstrom und 0,2 Sekunden anzufangen (und Alkoholismus und Drogen- sucht und Depressionen und Melancholie) und seine Muskeln wurden steif (und die wichtigsten Nebenwirkungen sind Gedächtnisverlust und Brechreiz und Panik) und er bäumte sich auf (und dies ist die typische von von Braumühl et al. so genannte Hampelmannstellung) und er fiel zusammen aber ohne das Bewusstsein zu verlieren (und die wichtigsten Komplikationen sind Schenkel-Arm-Kiefer- und Wirbelsäulenbrüche) und er fing an sehr laut zu singen (und Herzbeschwerden und innere Blutungen) und dann wurde er still und rührte sich nicht mehr

IV
Und natürlich überdachte das für mich eine starke gefühlsmässige Belastung (und nach Reil [1803] ist die ungeschädliche Folter ein Gebot der Heilkunst) und ich beriet mich mit meinen Assistenten

ob ich eine Pause einlegen sollte (und nach Squire [1973] ist es unbekannt wie lange die Amnestie anhält) und der Mann hörte uns zu und sagte plötzlich mit lauter und feierlicher Stimme: «Tut es nicht noch einmal. Das ist der Tod.» (und nach Sogliano [1943] kann die Behandlung ohne Bedenken bis zu fünfmal innerhalb von zehn Minuten wiederholt werden) und ich gestehe dass mir der Mut sank (und nach Kalinowski et al. [1946] sind stets Gurte und Fesseln beizubehalten für den Fall dass der Patient gemeingefährlich und gewalttätig wird) und ich musste mich aufpassen um diesem abergläubischen Gefühl nicht nachzugeben (und nach Sakel et al. [1965] fehlt es leider bisher an einer wissenschaftlichen Begründung für den Elektroschock) und ich nahm mich zusammen und gab ihm noch einmal einen Stoss von 110 Volt

V
Und seitdem klettern sie auf der geschlossenen Station in ihren Pyjamas auf die weisslackierten Eisenbetten (und wir werden seine Pionierat nie vergessen) und kriegten eine Spritze verpasst (und bei Gegenwehr noch eine Spritze (und seine Leistungen für den wissenschaftlichen Fortschritt) und vier Wärter halten sie fest an Händen und Füßen (und seine Schaffenlust) und stopfen ihnen einen Gummischlauch in den Mund und stülpen ihnen die kalten Chromplatteln über die Schläfen (und seinen unstillbaren Wissensdrang) und in den Schlachtlochen hört man kein Brüllen und Muhen und Queicken mehr (und seinen echten Humanismus) und dann gibt der Chef Saft (und an ein wissenschaftliches Begründung hierfür fehlt es leider noch) und dann sind sie weg und dann wachen sie wieder auf und dann sind sie gelächelt Hans Magnus Enzensberger
Aus: Mausoleum, Stiebanunddreißig Balladen aus der Geschichte des Fortschritts.

Das Gespräch über Terrorismus ging bisher an Wesentlichen vorbei

Endlich eine radikale Diskussion über Terrorismus in Gang bringen

«Terrorist» ist zu einem Modewort geworden. Es hat das andere Modewort «Anarchist» abgelöst. Beide haben eines gemeinsam: Sie werden in rasender Inflation gebraucht und deshalb sehr oft am falschen Ort. Für die Inflation des neuen Modeworts ist aber nicht zuletzt die Presse verantwortlich zu machen. Sie hält mit diesem Wort «Terrorismus» künstlich eine Diskussion über ein gesellschaftliches Problem in Gang. Das Resultat: Statt einer kritischen Betrachtungsweise, welche sehr gut und begründet wirklichen Terrorismus und dessen Ursachen von politischer Opposition und Kritik

zu unterscheiden wüsste, entsteht dieses gefährlich falsche Bild: die Vorstellung, alle Kritiker seien letztlich Terroristen, welche unsere Gesellschaft zerstören wollten. Die Diskussion ist also diesem fatalen Lauf zu entweichen, weshalb hier endlich einmal auf die sozialen Bedingungen und Gründe des Terrorismus eingegangen werden soll. Adolf Muschg hat einen Beitrag dazu verfasst, die Redaktion zwei kleinere Artikel. Im Kasten geben wir wesentliche Passagen eines Artikels von Herbert Marcuse aus der «Zeit» wieder.

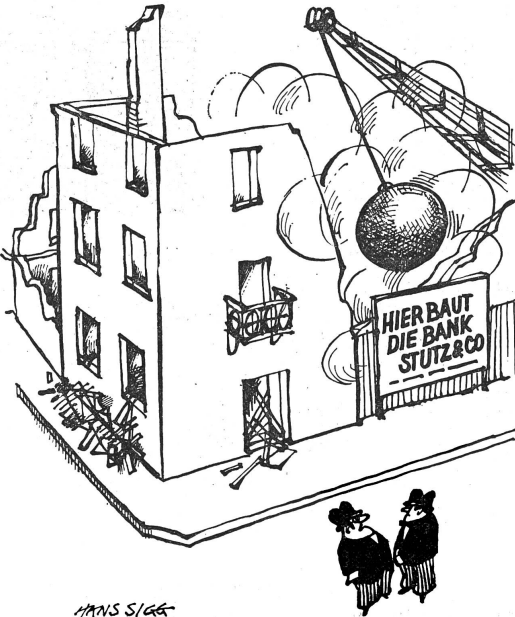
Die Redaktion

Hitlers Kinder?

von Adolf Muschg

Am Tag, wo ich dies schreibe, ist Schleyer noch immer entführt, aber auch noch immer am Leben. Der Staat ist aus der Verlegenheit, ihm dieses Leben, das höchste Rechts Gut, die Befreiung, retten zu müssen, aber politisch nicht retten zu dürfen, noch nicht entlassen. Sie kann nur das Falsche tun, die gegenwärtige deutsche Regierung:

Anerkennt sie, dass sie sich im Kriegszustand befindet, begibt sie sich in die Nähe des Standrechts, um den Rechtsstaat zu retten – so Verrat vorverleihen. Sie kann nur das Falsche tun, die gegenwärtige deutsche Regierung: Anerkennt sie, dass sie sich im Kriegszustand befindet, begibt sie sich in die Nähe des Standrechts, um den Rechtsstaat zu retten – so Verrat vorverleihen. Sie kann nur das Falsche tun, die gegenwärtige deutsche Regierung: Anerkennt sie, dass sie sich im Kriegszustand befindet, begibt sie sich in die Nähe des Standrechts, um den Rechtsstaat zu retten – so Verrat vorverleihen.



«Diese Terroristen wollen eine uns liebgewordene Welt mit Gewalt zerstören.»

Randpresse einen Schatten von Recht. Für Schleyers Schicksal darf nicht nichts bewiesen sein. Aber für das Verständnis von Zusammenhängen, die nicht auf das Kölner Attentat, nicht auf den terroristischen Status quo beschränkt sein dürfen, ist Schleyers Vorgeschichte nicht gleichgültig. Sie hat einen Symbolwert, den Nichtdeutsche wohl oder übel wahrnehmen und der durch das Verschweigen in den deutschen Medien noch unterstrichen wird.

Die Koinzidenz mit dem Fall Kappler ist peinlich; nicht, weil die Bundesrepublik ein faschistischer Staat wäre, das ist Unsinn – aber weil sie der Nachfolger eines solchen ist: weil man von ihr erwartet, dass sie ihren Fortschritt nicht nur an ihrem materiellen Erfolg, auch nicht nur an ihrer demokratischen Rechtsstaatlichkeit, gleichsam an der formellen Distanz zu Hitler misst, sondern auch an ihrer realen Trauerarbeit, die niemals durch Tüchtigkeit (und auch nicht durch demonstrativen Philosemitismus) zu ersetzen ist. Zu dieser Verarbeitung gehörte nicht nur ein Wechsel der Institutionen, sondern auch der Mentalität, die sie besetzt; dazu gehörte, dass diejenigen, die im Dritten Reich tüchtig waren, ihre Tüchtigkeit nicht ganz ungebrochen fortsetzen.

Die Signale in dieser Richtung hat die offizielle, aber auch die urlaubmachende Bundesrepublik in den Augen ihrer Nachbarn oft vermissen lassen. Ihre Notwendigkeit schien, angesichts der Notwendigkeit, sich gegen Osten zu profilieren, immer weniger empfunden zu werden – während die Nachbarn nie ganz aufhörten, ebendies als anstößig zu empfinden. Dass ein Car voll deutscher Touristen die niederländische Grenze mit einer Tafel überfährt «Wir sind wieder da!» mag von Unbefangenen heutzutage; von politischem Takt zeugt es nicht. Viele Westdeutsche haben es als Kränkung empfunden, wenn man ihren guten Humor, den eigenen Wiederaufstieg betreffend, so recht von Herzen nicht teilen konnte – die Geschichte, die diese deutsche Hoffnung verkörperte, die «Bild»-Zeitung, die sie feierte, hätte ihrer Sache etwas weniger sicher sein müssen, damit sie auch die Sache der anderen hätte werden können. Das rechtsstaatliche Deutschland – es erntete Respekt, aber es fand keine Empathie, wenn es seine Rechtmässigkeit eine Spur zu deutlich herausstrich; eine Rechtmässigkeit verkörpert in Figuren wie Schleyer, tüchtigen, wohl auch gewinnenden Bossen, die nach ein paar Jahren irtümlichen Einsatzes nur auch drei Jahren Gefangenschaft halt wieder da waren, voll da waren. Man

brauchte sie, und sie brauchten ihre Verantwortung. Nur was mit diesem Wort etwas zu sehr Mercedes-Benz und Fortsetzung auf Seite 3

Noch kaum je hat ein Ereignis in einem Nachbarland die Gemüter in der Schweiz so ausgiebig beschäftigt wie die Schleyer-Entführung. Und noch selten offenbar haben sich Linke und andere Fortschrittliche aller Schattierungen so betroffen gefühlt wie eben jetzt.

Der Grund ist klar: Einerseits gerät nun jeder, der einmal seine Stimme, seinen Hintern oder auch nur seine Hand gegen die etablierten Strukturen erhoben hat, in den Verdacht, dem Terror zu Gevatter gestanden zu haben. Und andererseits stehen hinter den Taten der RAF Ideen, die – so diffus und entartet sie heute sind – ihren Ursprung irgendmal in derselben Protesthaltung hatten wie die Jugendrevolte von 1968. Die RAF-Leute arbeiten zwar längst nur noch den Rechten in die Hände, aber sie haben zumindest früher den Anspruch erhoben, Systemveränderer zu sein. Linke zu sein.

Das muss allerdings betroffen machen. Dabei fällt auf, wie uneins die also Betroffenen, die Kritiker unserer Gesellschaft, auf die Herausforderung reagieren. Mit einer Uneinigkeit, die vielleicht auch Ratlosigkeit widerspiegelt. Erstausgangspunkt steht dabei die Frage im Vordergrund: ob jetzt der Schleyer dem Rechtsstaat oder der Rechtsstaat dem Schleyer geopfert werden solle. Als ob dies die zentrale Frage wäre; als ob die linke Bewegung nun gerade dazu beitragen müsse, der amtierenden Regierung aus diesem Dilemma herauszuhelfen.

Wesentlicher scheint uns die Frage: Sind die Aktionen einer RAF als politische Taten zu werten und zu beurteilen oder nicht? Handeln diese Leute nach einer politischen Strategie, zu der es politische Stellung zu nehmen gilt? Und wie? Kann Gewalt Bestandteil einer politischen Strategie sein? Und wenn ja, welche Gewalt?

«Unsere Aktien stehen schlecht» ist ein Volksausdruck, wenn man wenig Aussicht auf Erfolg zu haben meint. Ein beschönigender Ausdruck: Weil meistens der Redner gar keine Aktien besitzt. Auch unsere Aktien stehen schlecht, weil wir eben gar keine eigentlichen Aktien haben. Unser einziger «Besitz» – welcher zurzeit in einer Baisse steckt – ist anderer Natur: Unfassbar mit Händen oder mit Zahlen, unser kritisches Verhältnis zu unserer Gesellschaft Schweiz (inklusive ihrer Abhängigkeit von der internationalen Situation).

Wir hatten das Glück, wie wir meinen, einem verfanglichen und zu oft funktionierenden Kreislauf entronnen zu sein, als wir erkannten, dass der Fortschritt einer Gesellschaft im wirklichen Dienste der Mehrheit, der Unprivilegierten, ja der Schwachen, nur durch ein kritisches Erge und einen kritischen Verstand erarbeitet werden kann. Und immer in der Geschichte nur auf diesem Weg erarbeitet werden konnte. Wir hatten also das Glück, keine simplen Mitmacher zu sein, keine denkschwachen Nachbeter dessen, was uns die Mächtigen dieser Gesellschaft zum Beten vorlegen. Gegen den Trübsinn gehen wir – und gehen so noch heute. Und deshalb stehen jetzt unsere Aktien schlecht. Denn es gibt da welche, die gehen auch gegen den Trübsinn – scheinbar mindestens – es sind die Mächtigen, die sagen, dass diese gegen den Trübsinn gehen. Gemeint sind diese «Mörder», wie man sie jetzt aus allen Mündern bezeichnet, diese «Mörder und Entführer». Was haben sie mit uns zu tun, fragen wir uns ehrlich und überrascht, mit uns, die wir für soziale Errungenschaften arbeiten und uns gegen sozialen Abbau stemmen? Sie, die Mächtigen, geben uns Antwort: Ihr seid der meiste Sympathisantensumpf. Das heisst: weil es euch gibt, gibt es diese Mörder.

«Ihr (den Terroristen) von ihren nun distanznehmenden einstigen Krawallgenossen lediglich ihr «bourgeois Spontaneismus» angekreidet, oder wird jetzt auch das Prinzip Gewalt verworfen? (F. Luchsinger, Chefredaktor der «Neuen Zürcher Zeitung».)

Nun verteidigt euch! Aber: «Es ist weder mit barschen Demütigungen noch mit ideologischem Kopfstand getan.» (Derselbe.)

Es steht schlecht um unsere Überzeugung, um unser soziales Engagement, wenn wir es verletzlichen müssen, weil wir mit den Mördern und Entführern kurzgeschlossen in eine Beziehung gebracht werden. Aber sind es tatsächlich wir, welche sich zu verteidigen haben? Sind es nicht vielmehr jene, welche sich für diesen Sumpf, aus dem das kroch, stark machen. Und diese Mörder und Entführer, sie sind nicht die Mächtigen, sondern wir, Kinder einer Gesellschaft; Kinder, in sozialen Verhältnissen aufgewachsen und «gebildet», welche von den Mächtigen in Gang gehalten werden, welche von diesen Mächtigen und ihren Sprachrohrn verteidigt und als bestmöglich gepriesen werden.

Der Sympathisantensumpf

Sind nicht wir, denen es nun tatsächlich an den Krügen geht, die wir nun immer lauter verschrien werden als Terroristen, die wir nicht mehr das Maul aufmachen sollen, diejenigen, welche den Mächtigen zuzufügen müssen? Weil es euch gibt es jene Mörder und Entführer, weil ihr so unerbittlich an eurer Macht und Ordnung festhalten wollt. Weil ihr jede Opposition als persönlichen Todesstoss aufgefasst habt, welcher nur den Tod von sozialer Ungerechtigkeit und Ungleichheit bedeutete.

Mehr nach: es ist euch Mächtigen so verdammt gut gelungen, dem Volk jeden kritisch Denkenden, jeden, der auch nur einmal den Mut gefunden hatte, nein zu sagen, als Bruder der Mörder, Entführer und Bombenleger zu verkaufen, dass dieses Volk selbst so zu denken beginnt. Es ist euch offensichtlich gelungen, euch ein Volk zu halten, das selbst zur Verbesserung seiner eigenen Situation nein sagt, selbst zur Beschneidung seiner Rechte und Eingriffsmöglichkeiten ja sagt. Was habt ihr für einen Sumpf angebracht! Ist nicht dies der Sympathisantensumpf, aus dem die Mörder und Entführer stammen: diese Ohnmacht, in der die Mächtigen ihre Beherrschten halten? Wie kann es verwundern, wenn diese Typen durchdrehen – es gibt so viele, die drehen auf ganz andere Weise durch: mit Drogen, Ausflüssen, mit individualistischem Egoismus.

Diese Mörder und Entführer sind krank, und man kann keinem einzelnen von euch Mächtigen diese Krankheit in die Schuhe schieben; aber indirekt euch allen zusammen. Weil ihr an sozialen Verhältnissen festhaltet (und diese verteidigt), welche diese Iren hervorbringen.

Der Kopfstand, der ideologische, liegt auf eurer Seite: dort, wo ihr dem eigenen Kind die «Erkranktheit» vorwerfen wollt, noch kopfschüttelnd: wo ihr den Brüdern und Schwestern diese «Erkranktheit» einiger eurer Kinder zur Last legen wollt. Der ideologische Kopfstand ist euer Bravourstück: Ihr wollt weismachen, jene Mörder und Entführer gingen mit uns im Takt, wo ihre Taten doch präzise dem Tode dienen, worauf ihr hinarbeitet: eure Macht zu festigen. Es ist dies Absurdität dieses Irr-tums: er nährt selbst den Boden, auf dem er wuchs. Deshalb haben wir es nicht nötig, uns zu distanzieren: weil wir mit der unendlichen Distanz des wahren Widerspruchs von ihnen entfernt sind, wie von euch Mächtigen auch.

Es gibt keinen simplen Schlüssel, welcher dieses Problem der sozial Irgeordneten lösen kann; aber dies ist sicher: Indem die Mächtigen in irrer Weise und blind auf jede Opposition einzuschlagen beginnen (heute noch mit Worten – und morgen?), kann dieses Problem etwas gelöst werden. Unser Vertrauen gilt unserem «Besitz»: Unser kritisches Denken, welches für wirklichen sozialen Fortschritt arbeitet, wird schliesslich die Ursachen beseitigen, welche Mörder schafft. Ein langes und grosses Unternehmen. Unsere Aktien müssen besser stehen.

Unsere Betroffenheit

nachdem die Kreise um Schleyer es zulassen, dass der Rechtsstaat gegenüber kleineren Fischen täglich versagt.

Aber es ist ganz klar, dass wir das Kölner Attentat politisch und moralisch nicht auf die Täter verteilen. Moralisch deshalb, weil man eine bessere Gesellschaft nicht auf den Leichen von Opfern der schlechten Gesellschaft aufbauen kann. Politisch deshalb, weil solche Taten einzig noch der Befestigung der bestehenden Macht dienen können. Die meisten Unternehmer und Besitzer lassen danken.

Unsere Verurteilung bedeutet aber nicht, dass wir jetzt einfach in den Chor der Empörten einstimmen. Wir finden es ebenso empörend, wenn ein Bauarbeiter mangels genügender Sicherheitsvorkehrungen zu Tode stürzt oder ein Angestellter in einem überflüssigen Atomkraftwerk versucht wird, wie wenn der Herr Arbeitgeberpräsident entführt und sein Chauffeur erschossen wird.

Es gibt überall Berufsrisiken, nur werden sie bei den einen eher hingenommen als bei den andern. Startsruckmonteure zum Beispiel haben eine viel höhere Sterblichkeitsquote als Polizisten. Wenn ein solcher Monteur in einem Einkaufszentrum von Karstadt oder in einem Treppenraum der Deutschen Bank vom Stromtod ereilt wird, erhält er kaum landesweitige Anteilnahme und eine Direktübertragung seines Begräbnisses.

Der ehemalige Herr Wirtschaftsminister, der die Nachfolge des ermordeten Bankiers Ponto auf sich nimmt, weiss genau, was ihm blühen kann. Und er nimmt dieses Risiko nicht aus Vaterlandsliebe auf sich, sondern er lässt sich ganz anständig entschädigen dafür: Mit Geld, und vor allem mit Macht. Seine Leibwächter wissen auch um ihr Risiko. Sie können – und müssen – es ablehnen, einen so gefährlichen Mann zu bewachen, der zehn- oder zwanzigmal mehr verdient als sie. Selbst wenn Rezession ist.

Zur Frage der Gewalt scheint uns etwas wichtig: Zwischen den Schüssen in Köln und beispielsweise einer Lorenz-

Entführung besteht ein Unterschied. Eine nächtlich explodierende Bombe in einem Kellerschacht des ITT-Gebäudes nach dem Chile-Putsch ist wiederum etwas anderes, und eine Hausbesetzung oder die Blockierung der Zufahrten zum Atomkraftwerk Goggen sind wiederum ganz andere Dinge.

Diese Unterscheidungen dürfen nicht verlorengehen, selbst wenn man Gewalt in jeder Form ablehnt. Man müsste dann allerdings auch die Gummigeschosse der Polizei in Göggen ablehnen, Waffenexporte nach Südafrika, Kredite nach Chile und anderes mehr! Es geht nicht an, friedfertige AKW-Gegner einfach in den Totschlagsersumpf zu werfen, wovon gewisse Kreise offenbar nicht zu rückerschrecken. Sonst wird bald vorgefressen erklärt, wer Unterschriften für eine POCH-Initiative sammelt.

Wenn's soweit ist, wird ein Konzept-Abonnement 100 Franken kosten müssen. Zur Abgeltung unseres Berufsrisikos.

das Konzept

Redaktion und Administration: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Schweiz; Telefon 01 (01) 47 75 30, PC-Konto 80-3626.

Redaktion: Bruno Baezwell, Ruedi Küng, Rolf Net, Beat Schweingruber, Liselotte Stürli. Artikel geben jeweils nur die Meinung des Verfassers wieder.

Nachdruck nur nach vorheriger Absprache mit der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet.

Für unverlangt zugesandte Unterlagen wird keine Verantwortung übernommen.

Herausgeber: Verein «das Konzept» (Mitglieder: Verband der Schweizerischen Studentenschaften, Studentenschaft der Universität Zürich, Verband der Studierenden an der ETHZ).

Erscheinungswiese: Monatlich an allen Hochschulen, Techniken, Lehrerseminaren, Musikerverbänden, Höheren Wirtschaftsschulen und Verwaltungsschulen und Schulen für Sozialarbeit der deutschen Schweiz sowie am Kiosk. Auflage 32 000.

Inserate: Inseratenverwaltung «das Konzept», Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich. Tel. 01 (01) 47 75 30, PC-Konto 80-36 651 1-sp-mm-Zeile – 62 Fr. (übliche Rabatte) Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Postfach, 8021 Zürich.

Redaktionschluss Nr. 11: 21. 10. 77
Inseratenschluss Nr. 11: 28. 10. 77

Touristenführer durch die schönsten Gefängnisse der Westschweiz*

Einsperren in der Schweiz

«Man kann eine Gesellschaft nicht gut kennen, wenn man ihre Gefängnisse nicht kennt», sagte Victor Hugo. Und: «Es ist immer gut, etwas zu beginnen mit (Victor Hugo sagte)», schreiben die Ex-Gefangenen, die ihre Erfahrungen in schweizerischen Strafanstalten in einem «Touristenführer durch die schönsten Gefängnisse der Westschweiz» mit durchgehender, nicht unbefangener Ironie verarbeitet haben. Die Schweiz hat Mühe mit ihren Gefängnissen, wie sie Mühe mit dem Bankgeheimnis hat; die ehemaligen Insassen dieser Gefängnisse legen den Daumen in Kenntnis der Sache auf die empfindliche Stelle: zunächst für alle, die durch ihre Lebensweise den potentiellen zukünftigen «Besuchern» der Strafanstalten zuzurechnen sind. Dann aber beschlossen sie, die Realität der Gefängnisse über die Beschreibung des Tagesablaufs hinaus zu analysieren, zu erklären – dies nicht den «Spezialisten», den Soziologen, Psychologen, Sozialarbeitern zu überlassen. Entstanden ist ein Buch, in dem Erfahrungen festgehalten werden und Gedanken über diese Erfahrungen; die dann vor der Vorstellung einer Gesellschaft ohne Gefängnisse nicht haltmachen. – Wir versuchen einige dieser Gedanken wiederzugeben und drucken dann – als Buchauszug – die detaillierte Schilderung eines bestimmten Gefängnisses ab, in der die für viele Leser exotische Realität der Gefängnisse sich als tagtägliche Abstumpfung herausstellt.

«Die Schweiz, ein kleines Land ohne Meeresküsten, ist sehr stolz auf seine Strafkolonien; es sind die einzigen Kolonien, die sie besitzt und je besitzen wird.»
Louis Chiffelle, Chef der Sicherheitspolizei des Kantons Freiburg (in: «Information pénitentiaires suisses», Nr. 1/74)



In der Schweiz, dem Musterbeispiel einer Demokratie, einer direkten Demokratie, hat es eine Reihe von speziellen Einrichtungen, die nur eine einzige Funktion haben: eine gewisse Anzahl Menschen wieder in den Senkel zu stellen, auf den rechten Weg zu bringen, die mit ihren Taten (Diebstahl, Drogengebrauch...) oder ihren Ideen (Dienstverweigerer, militante Linke) für eine bestimmte Gesellschaftsordnung gefährlich sind.

Auch die Irrenanstalten, die Krankenhäuser, wo weitere «unangepasste», das heisst unnütze Menschen unter den Händen von philanthropischen Spezialisten dahinmodern, gehören zu dieser Schattzone, in welche die «Grosse Maschine» aus ihrer Produktion, Distribution, Konsumtion, Edukation, Information... aussondert. Doch von den Alten und Verrückten kann man wenigstens sprechen; es ist ja nicht ihr Fehler. – Die Verfasser des «Gefängnisführers» haben erfahren, wie wenig Transparenz bei der Institution Gefängnis, das ja nicht anders als etwa die Müllabfuhr als öffentlicher Dienst finanziert wird, möglich ist. Wie sich nicht etwa die Häftlinge, wohl aber die Haftspezialisten sträuben, «darüber» zu sprechen.

Schliesslich: Solange es Gefängnisse gibt, gibt es ein Recht und damit unver-

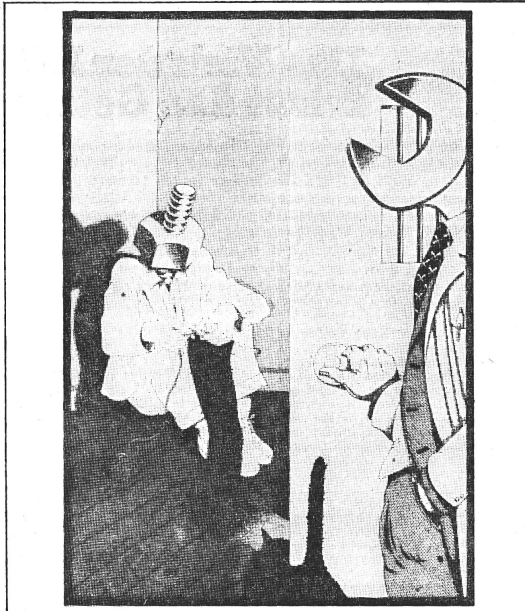
sell gültiges Gutes und Böses, das eindeutig kodifiziert werden kann. Ein sichtbares Eingeschlossensein für die einen, und so eine reelle Freiheit für alle andern. Schatten, also auch Licht. Sehr angenehm.

Da Gefängnis ist tatsächlich nur eine Karikatur, ein Symptom, offensichtlich als andere, für die Praxis des Einsperrens, für eine subtile und gern realisierte Kontrolle.

Wenn ein Gefängnisaufenthalt ist selten ein Zufall im Leben; gewöhnlich gehört er zu einer ganzen sozialen Entwicklung, ist nicht die «schiefe Ebene», von der die Moral so gern spricht. – Doch, durch den Gefängnisaufenthalt gerät jeder «weit weg» von denen «draussen»; ist ein Aussenseiter der Produktion beispielsweise, zur gleichen Zeit, wo man ihm vorgibt, dass die Arbeit für ihn ein Instrument für die Wiedereingliederung sei.

Das Gefängnis kann charakterisiert werden als die typischste und lächerlichste Sozialisationsinstitution unserer Gesellschaft. Als totale Institution ist das Gefängnis – wie das Spital für die Medizin oder das Waisenhaus für die Pädagogik – eine Experimentiergelegenheit, um neue Kenntnisse zu proben, die für die «Fabrikation» von angepassten Leuten notwendig sind. Es geht also nicht darum, einen Fehler zu sühnen, sondern darum, die Normalität wiederherzustellen. Dazu ein Gefangener: «Also gut, ich sitze meine Zeit ab. Aber ich ertrage es nicht, dass man mich beständig weiter verurteilt, Tag um Tag, mit all den Quälereien und den kleinen Vorteilen, die das Gefängnis zu vergeben hat, je nachdem ob man sich gut oder schlecht benahm.»

Unter günstigen Bedingungen schaffen es Gefangene vielleicht, sich draussen wieder wohl zu fühlen. Sie machen unter grossen Anstrengungen eine scharfe Zäsur in ihrem Leben, lehnen einen Teil dessen, was sie gelebt haben, ab. Der Preis ist hoch – er ist das Vergessen aller der Unterdrückung und der erlittenen Demütigungen.



Ein Dienstverweigerer kommentiert

Les plus belles prisons

Kommentar zu einem Besuch der in Frage stehenden Pension

Das Gefängnis von La Chaux-de-Fonds liegt an der Rue Banneret 10, 2300 La Chaux-de-Fonds. Es besteht unter anderem aus einem Turm mit sieben Stockwerken, von denen das fünfte für die Wehrdienstverweigerer reserviert ist. Das fünfte Stockwerk umfasst übrigens wie die andern, sieben Zellen. Nummer 51 bis 57, von denen zwei nach Norden und fünf nach Süden zeigen.

tisch schliesst und morgens wieder öffnet.

Auf der anderen Seite der halbhohen Wand befindet sich eine Toilette mit folgenden Gegenständen:

- 1 Waschschüssel, versehen mit einer Platte und einem Spiegel
- 1 WC-Schüssel
- Plättliloden

Auf dieser Seite ist die Zelle durch die Tür abgegrenzt, die auf einen Korridor hinausgeht, von dem alle anderen Zellen erreichbar sind.

Die Zelle

Die Zelle misst 6x1,95 m (2,35 m die beiden Zellen gegen Norden). Sie ist zweigeteilt durch eine halbhöhe Wand.

Den grösseren Teil, sagen wir drei Viertel, bildet das Zimmer. Man findet darin:

- 1 Eisenbett an der Wand befestigt
- 1 Kleiderschrank mit Kleiderbügel und Schubladen
- 1 Tisch, an der Wand befestigt, und 1 Bank, auch er befestigt, gegenüber dem Fenster
- 1 Tafel, an der man Zettel anstecken kann
- 1 Lautsprecher, an der Wand befestigt, oberhalb des Bettes; wird auch für Durchsagen benutzt
- Der Boden ist aus Parkett
- Die Mauern sind aus Beton, hellgrün oder cremefarben angemalt
- Die Decke ist weiss

Beleuchtung

Das Licht wird um 6 Uhr früh automatisch angezündet und bei Tageslicht ausgelöscht. Es geht bei Anbruch der Nacht wieder an, und um 22 Uhr ist Lichterlöschen.

Radio

Das Radio kann auf Wunsch eingeschaltet werden. Es sendet Sottens I von 6 Uhr bis 7.30 Uhr und von 17 Uhr bis 22.30 Uhr jeden Tag, am Samstag ab 12 Uhr mittags und am Sonntag den ganzen Tag.

Hygiene

Zusätzlich zu den Waschschüsseln (ohne warmes Wasser) gibt es 2 Duschen, wo man sich jeden Tag nach der Mahlzeit waschen kann, wenn man dies wünscht (ausgenommen in der ersten Woche, wo man es extra verlangen muss).

Fortsetzung auf Seite 7

Hitlers Kinder?

Fortsetzung von Seite 2

etwas zu wenig die deutsche und europäische Geschichte gemeint.

Die Terroristen sind nicht «Hitlers Kinder»; sie sind die Kinder jener Generation, die zuerst Hitler, wo nicht mit dem Herzen, so doch mit ihrer Expertise gedient hatte, und dann der Bundesrepublik. Martin Walsers «Der schwarze Schwan», ein Stück der frühen sechziger Jahre, zeigt die heutige Krise noch im Stadium des privaten moralischen Dramas, des häuslichen Aufgebrenns. Aber genau da kommt die Krise her; da sitzen die Wurzeln jener Rosen («Ich bin's, Susanne»), durch die jetzt nicht mehr mit den Vätern und Onkeln gesprochen wird: Man schiesst auf sie. Die heutigen Terroristen sind

nicht von heute. Sie sind die in Fanatismus umgewandelte Verzweigung (im Grunde) unsicherer Kinder über die Scheinsicherheit ihrer elterlichen Vorbilder. Es war ein langer Weg von den ersten Leitartikeln Ulrike Meinhofs im alten «konkret»; die diesen Zusammenhang bewegend, eindringlicher, politisch wacher artikulierten, als es das italienische oder französische Trauma heute kann – ein langer Weg von moralisch-politischen Rigorismus bis zu den Schüssen von Karlsruhe und Köln; mehr als ein Jahrzehnt voller Versäumnisse, ungegebener Antworten auf berechtigte Fragen von Mord an Benno Ohnesorg bis zum Mord an Jürgen Ponto. An diesen langen Weg der Studentenbewegung in die Desperation zu erinnern ist heute unpopulär, denn es trübt den Glanz der Legitimität, in dem sich die Staatsgewalt gern sonnen möchte, wenn sie gegen Gruppen vorgeht, die sich offenbar nur noch nach Mord zu helfen wissen; es heisst nach den Ursachen des Terroris-

mus fragen statt nach seinen Symptomen.

Aber dass auch der Staat in seiner Selbstverteidigung hilflos wirkt; dass er in den Augen anderer, die keine Feinde sein müssen, den Zusammenhang bekräftigt, den er verdrängt; dass das Gesicht des Deutschen, der nichts gelernt hat und alles besser macht und weiss, für diese fremden Augen sowohl bei der legalen Regierung wie bei der illegalen Revolte erkennbar ist – das hat mit jener unterlassenen Auseinandersetzung oder, wenn man will: unterlassenen Hilfeleistung gegenüber den Fragenden der sechziger Jahre zu tun.

Die Väter, die nichts von Hitler wussten, die sich gedient hatten, haben diese «Enkel Hitlers» hervorgebracht, die es jetzt mit dem Schiesszug in der Hand wissen wollen. Das Trauerspiel, das in Deutschland über die Bühne geht, leidet seit dem Wirtschaftswunder daran, dass ihm die Trauer fehlt; jetzt handelt es sich nur noch von Ende der Kommunikation. An ihrer Stelle wird auf der einen Seite eine antimperialistische Front markiert, auf der andern die Härte des Rechtsstaates, und die ungleichen Feinde teilen nicht nur ihre Vorstellung von Effizienz miteinander, sondern auch deren Irrealität.

An die Stelle der Politik ist die Erpressung getreten. Was zwischen den erpressten Erpressern verlorenzugehen droht, ist mehr als ein Häuflein von Sympathisanten – was ein Schimpfwort für jene Leute geworden ist, die sich auch dann um ein zureichendes Verständnis von Erscheinungen bemühen, wenn sie dafür kein moralisches Verständnis mehr aufbringen.

Was verlorengehen könnte, ist die und die schlichte Menschlichkeit. Die «klammheimliche Freude», die sich – und damit der Sinn für Geschichte, Ja, und die schlichte Menschlichkeit. Die «klammheimliche Freude», die sich brave Bürger aus dem mutmasslichen höllischen Zahnweh eines gesuchten Terroristen machen, ist kein Haar besser als die gleiche Freude eines anonymen Spontis über den Buback-Mord. Ja, sie ist noch ein einiges unwürdiger, denn der Terror nimmt für sich jedenfalls nicht in Anspruch, den Rechtsstaat zu verkörpern.

Die Gegenwart ist unbewältigt, weil die Vergangenheit unbewältigt ist. Man bewältigt sie nicht durch Berufsausspernung, Exkommunikation, Hexenjagd; nicht, indem man zurückschiesst. Man weckt ein schreckliches Echo damit. Das gilt für alle Erben der Geschichte; es gilt auch für den verfolgenden Staat. Nach dem Standrecht brauchte nicht gerufen zu werden, wenn ein anderes Gericht stattgefunden hätte; jener Prozess, der einem Land freilich nicht von aussen gemacht werden kann, den es sich aber, als Anwalt der offenen Fragen der Geschichte, selber macht – oder eben nicht.

Adolf Muschg

Herbert Marcuse:

Dieser Terror hilft dem Feind

(Auszüge aus einem Aufsatz Marcuses für «Die Zeiten»)

In ihrer Stellungnahme zum Terror in der Bundesrepublik muss sich die Linke zunächst von zwei Fragen leiten lassen: 1. Können die terroristischen Aktionen zur Schwächung des kapitalistischen Systems beitragen? 2. Sind diese Aktionen gerechtfertigt vor den Forderungen revolutionärer Moral? Ich muss auf beide Fragen eine negative Antwort geben.

Die physische Liquidierung einzelner Personen, selbst der prominentesten, unterbricht nicht das normale Funktionieren des kapitalistischen Systems selbst, wohl aber stärkt sie sein repressives Potential – ohne (und das ist das Entscheidende) die Opposition gegen die Repression zu aktivieren oder auch nur zum politischen Bewusstsein zu bringen.

Gewiss, diese Personen repräsentieren das System; aber sie repräsentieren es nur. Das heisst, sie sind ersetzbar, auswechselbar, und das Reservoir für ihre Rekrutierung ist fast unerschöpflich.

Die Erzeugung von Unsicherheit und Angst in der herrschenden Klasse ist kein revolutionärer Faktor angesichts des schreienden Missverhältnisses zwischen der im Staatsapparat konzentrierten Gewalt einerseits und der Schwäche der von den Massen isolierten terroristischen Gruppen andererseits.

Unter den in der Bundesrepublik herrschenden Bedingungen (die der präventiven Gegenrevolution) ist

daher die Provokation dieser Gewalt destruktiv für die Linke.

Ist der Terror in der Bundesrepublik eine legitime Fortsetzung der Studentenbewegung mit anderen Mitteln, angepasst an die intensivierte Repression? Auch diese Frage muss ich negativ beantworten. Der Terror ist vielmehr ein Bruch mit dieser Bewegung.

Die Apo war, mit allen Vorbehalten in bezug auf ihre Klassenbasis, eine Massenbewegung im internationalen Massstab und mit einer internationalen Strategie; Sie bedeutet einen Wendepunkt in der Entwicklung der Klassenkämpfe im Spätkapitalismus; nämlich die Proklamation des Kampfes für die «konkrete Utopie», für den Sozialismus als qualitativ verschiedene, alle traditionellen Ziele übersteigende und doch reale Möglichkeit. Die Bewegung schreckte nicht zurück vor der offenen wo die Zusammenfassung aller oppositionellen Kräfte geboten ist.

Gerade weil die Linke diesen Terror verurteilt, hat sie es nicht nötig, in die bürgerliche Verfemung der radikalen Opposition einzustimmen. Sie spricht ihr autonomes Urteil im Namen des Kampfes für den Sozialismus. In diesem Namen spricht sie ihr «Nein – das wollen wir nicht».

++ redaktionelles ++ redak

Geht dem «konzept» der Schnauf aus?

Wie Ende September in der Presse zu lesen stand, ist die Studentenschaft der Universität Zürich «faktisch aufgehoben» worden, das heisst, der Zürcher Regierungsrat hat mal ganz kräftig am Finanzhahn gedreht. Richtung «Zw.» (Mit Rechtsgewinde!)

Auf den Rekurs der Studentenschaft ist das Verwaltungsgericht gar nicht eingetreten, weil «die Aktivlegitimation der Studentenschaft nicht gegeben sei». Schön gesagt. Und vor allem schön ausgedacht haben sich diese Demokraten und Rechtsstaater: Einer Körperschaft, die auf ausser fragwürdige Weise liquidiert wird, nimmt man auch noch gleich das Recht weg, sich irgendwie dagegen zu wehren.

Doch zu uns: Vielen Lesern ist bekannt, dass «das konzept» von besagter Studentenschaft mitfinanziert worden ist. (Der Todessatz gegen die Studentenschaft ist nicht zuletzt auch auf uns gezielt worden.) Nun werden wir natürlich ständig gefragt: «Geht «das konzept» jetzt ein? Macht ihr den Schirm zu?» Um es gleich vorwegzunehmen:

Nein. Jetzt spannen wir ihn erst recht auf. Erstens werden durch den Entscheid des Zürcher Regierungsrats «nur» 15 Prozent unseres Budgets tangiert. Zweitens laufen unsere Verträge mit den Studentenschaften noch bis mindestens Herbst 1978. Wahrscheinlich wird aber die Studentenschaft der Uni Zürich ihre vertraglichen Verpflichtungen im kommenden Jahr nicht mehr voll erfüllen können. Das fehlende Geld müssen wir in der Zwischenzeit durch vermehrte Spenden und neue Abonnenten wettmachen.

Wir sind aber bereits daran, auf Herbst 1978 hin eine neue Struktur für unsere Zeitung auszuarbeiten, die voraussichtlich einige Änderungen mit sich bringen wird. Und wir können jetzt schon sagen: Es wird kein Abbau sein, sondern ein Ausbau. Wir werden unsere Leser darüber so bald wie möglich weiter orientieren. Selbstverständlich sind wir, immer, auch offen für Anregungen und Mitarbeit aus unserem Leserkreis.

Wer für die Gegenwart und die Zukunft des «konzept» etwas tun will, der denke an unser Postcheckkonto (80-37 626) oder werde (werbe) Abonnent(in). Ein Talon befindet sich auf Seite... Merke: Mit jedem neuen «konzept»-Abonnement kann man sich ganz still und heimlich an unseren Totengräbern rächen...

Jetzt holen wir erst recht Luft!

Hunger ist die Folge der Nahrungsproduktion in den Industriestaaten

Das Vieh der Reichen frisst das Getreide der Armen

Während Millionen Menschen in den Entwicklungsländern unterernährt sind, führen die Industriestaaten aus ebendiesen Ländern Nahrungsmittel ein und füttern damit ihr Vieh. Der Hunger in den Ländern der dritten Welt ist nicht Schicksal, sondern das präzise Resultat der Abhängigkeit dieser Länder von der industriellen Tierhaltung in den Industriestaaten. So wird zwar in der dritten Welt immer mehr Getreide und Protein produziert, aber davon hat die Mehrheit ihrer Bevölkerung nichts. Anne-Marie Holenstein zeigt den Mechanismus dieser Abhängigkeit an zwei hervorragenden Beispielen Brasilien und Senegal auf: Hunger ist die Folge von Luxusproduktion.

Die Redaktion

«Ein Drittel unserer Kühe weidet im Ausland», sagte Bundesrat Brugger während der Juni-Session im Ständerat. Ebenso präzise Angaben für Käiber, Schweine und Hühner hat der Chef des Volkswirtschaftsdepartements leider nicht gemacht. Immerhin wissen wir, dass vier Fünftel der Kraftfuttermittel, die die Nutztiere in der Schweiz fressen, importiert werden. Der Anbau dieser Futtermittel, zu denen Futtergetreide

Die Verfasserin dieses Artikels hat die Problematik im Buch «Zerstörung durch Überfluss, Überentwicklung – Unterentwicklung am Beispiel unserer Ernährung» (Z-Verlag, Basel) ausführlicher dargestellt.

wie Gerste, Mais, Weizen, Hafer, Roggen, aber auch Ölküchen und Ölsaaten aus Erdnuss, Soja und Kokos zählen, belegt im Ausland eine Fläche von 224 790 ha, wenn man von der Annahme ausgeht, dass die Flächenerträge etwa den Erträgen im Inland entsprechen. Zum Vergleich: Die offene Ackerfläche in der Schweiz betrug 1975 262 000 ha.

Die Schweiz ist damit kein Sonderfall, denn mit der zunehmenden Intensivierung und Industrialisierung der Nutztierhaltung steigt vor allem in den Industrieländern mit ihrer kaufkräftigen Bevölkerung der Import von Futtermitteln.

Wenn unsere Nutztiere schon in immer grösserem Ausmass «anderem Haag dore frässed», wie eine trafe Ostschweizer Redewendung sagt, müssen wir auch nachsehen, was sie dort anrichten. Wir wählen als Beispiel Soja und Erdnüsse mit den Herkunftsändern Brasilien und Senegal.

Ein Schwein frisst, bis es schlachtfertig gemästet ist, etwa 25 kg Soja. 1 kg Soja entspricht hinsichtlich Eiweissgehalt 3 kg Rindfleisch oder 60 Eiern oder 10 l Milch. Es enthält überdies zahlreiche Vitamine. Ein Kraftfutter im wahren Sinne des Wortes! Soja ist aber nicht nur als Viehfutter verwertbar, sondern könnte als menschliches Nahrungsmittel zur Bekämpfung des Hungers beitragen.

Das Beispiel Soja

Ausgerechnet in Brasilien aber, dem zweitgrössten Sojaproduzenten der Welt, hat die Ausweitung des Soja-Anbaus dazu geführt, dass sich die Ernährungssituation vieler Menschen verschlechtert hat. Das klingt paradox. Zwischen 1968 und 1974 wurde die Sojaproduktion von 750 000 auf 7 Millionen Tonnen gesteigert und hat sich somit fast verzehnfacht. Die Produktion war jedoch für den Export bestimmt, und die Preise wurden durch die Speku-

lation hochgetrieben; das Grundnahrungsmittel der Armen wurde buchstäblich vom Vieh der Reichen im Ausland weggefressen. Darum stiegen in den Jahren 1973 und 1974 der Konsumentenpreis für eine Büchse Soja-Öl um fast das Vierfache.

Der Soja-Boom hatte aber noch viel weiter reichende Folgen. Während die brasilianische Regierung die Soja-Produktion für den Export förderte und die moderne Agroindustrie in diesem gewinnträchtigen Sektor investierte, wurde der Anbau der Grundnahrungsmittel für den einheimischen Bedarf, nämlich Reis, schwarze Bohnen, Maniok und Mais, vernachlässigt. Das erklärt die widersprüchliche Situation, dass die Nahrung für den täglichen Bedarf ausgerechnet in diesem Land knapp wurde, das zwischen 1965 und 1972 ein jährliches Wachstum der Nahrungsproduktion von 4,4 Prozent ausweisen konnte. Pro Kopf der Bevölkerung stand also theoretisch immer mehr Nahrung zur Verfügung. Aber das Wachstum erfolgte im Exportsektor, während die Produktion von Reis, schwarzen Bohnen usw. stagnierte. Preissteigerungen waren die Folge. Die schwarzen Bohnen zum Beispiel, in Brasilien das Brot des kleinen Mannes, wurden zwischen Ende 1972 und August 1973 in wenigen Monaten um 275 Prozent teurer. Schliesslich musste die Regierung grosse Mengen Nahrungsmittel importieren – die Ärmsten blieben wegen der Teuerung trotzdem unterernährt.

Der Soja-Anbau hatte aber neben der direkten Verschlechterung der Ernährungssituation auch soziale Auswirkungen, die indirekt ebenfalls Unterernährung verursachen. Da sich der Anbau leicht mechanisieren lässt, wurden Landarbeiter durch Maschinen ersetzt. Arbeitslosigkeit aber bedeutet Hunger.

Kleinbetriebe, die Soja zu Öl und Viehfutter verarbeiten, wurden mehr und mehr durch rationalisierte Grossbetriebe verdrängt, deren Gewinne von ausländischen Konzernen abgeschöpft werden. Eine weitere schwerwiegende Folge des Soja-booms war die Bodenversauung, die viele Kleinbauern verdrängt und zum sattsam bekannten Problem der Landflucht beitrug, welche ihrerseits die Slums wachsen lässt.

Das Beispiel Erdnüsse

Wenn Kühe «unter dem Hang hindurchfressen» fressen sie unter anderem auch Erdnussmehl. (Dass es aflotoxinverursacht und damit in höchstem Masse krebserregend sein kann, hat die Konsumenten in jüngster Zeit aufgeschreckt.) Das Erdnussmehl als Futtermittel ist aber nicht nur für die Schweizer proble-

matisch, deren Kühe nicht nur einheimisch für die Herkunftsländer. Besonders deutlich wird das am Beispiel des Erdnusslands Senegal. Die Bindung an die Monokultur Erdnuss hat das Land als koloniales Erbe übernommen. Dafür ist Senegal gezwungen, Grundnahrungsmittel zu importieren. An diesem Schema hat sich seit der politischen Befreiung wenig geändert. Noch 1975 stammten 40 Prozent der Exporteinnahmen von Erdnussprodukten, und 90 Prozent dieser Exporte gingen nach Frankreich. Französische Firmen beherrschen heute noch den Erdnusshandel. In ihrem Besitz befinden sich auch zum grössten Teil die Ölmühlen im Land selber.

Die staatliche Organisation ONCAD, die ursprünglich die Bauern vor Ausbeutung durch private Händler schützen sollte, schiebt sich als einziger Abnehmer und Zwischenhändler zwischen die Bauern und die Konzerne. Sie diktiert nicht nur den Preis der Erdnüsse, sondern hält die Erdnussbauern durch ein sogenanntes Genossenschaftssystem in Abhängigkeit. Sie liefert zum Beispiel auch das Saatgut und verlangt es bei der Ernte mit 25 Prozent Zins zurück.

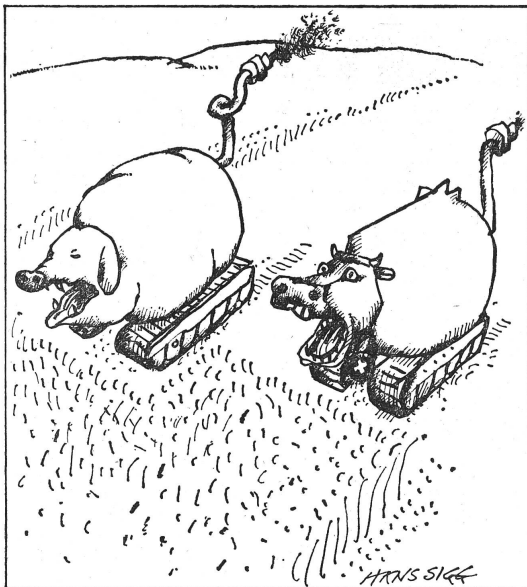
Ursache der Unterernährung

Verschuldung und Steuerpolitik zwingt die Bauern, weiterhin Erdnüsse zu produzieren, obwohl ihre realen Einkünfte von 1960 bis 1972 über 60 Prozent gesunken sind. Der Staat stützt zwar die Kleinbauern aus, doch hat auch er mit dem Erdnusshandel auf die falsche Karte gesetzt. Die Austauschverhältnisse verschlechtern sich nämlich dauernd. So sind die Importe aus Europa seit 1973 um 236 Prozent teurer geworden, der Export von Senegal hat aber wertmässig nur um 50 Prozent zugenommen. Gleichzeitig wachsen die Importe von Grundnahrungsmitteln wie Reis und Zucker nach Umfang und Preis. 1970 führte das Land Reis für 33,3 Millionen Franken ein, 1974 stiegen die Ausgaben auf 180 Millionen. Für Zucker betrugen die Ausgaben 1970 noch 25 Millionen Franken, 1974 waren es bereits 90 Millionen.

Die ärmeren Schichten können sich indessen die teuren importierten Grundnahrungsmittel je länger, je weniger leisten. Während die Bevölkerung um 2,2 Prozent jährlich wuchs, stieg die Nachfrage nach Lebensmitteln nur um 1,2 Prozent jährlich. Das heisst im Klartext, dass sich die Ernährungssituation in Senegal rasch verschlechtert.

Noch schlimmer: Die Erdnusskultur zerstört auch die Bodenqualität. Grössere Anbauflächen, Vergrößerung der Brachzeit, fehlender Anbauwechsel und Winderosion fügen den kargen Sahelböden Senegals irreparable Schäden zu, und bereits gehen in den wichtigsten Erdnussgebieten die Hektarerträge spürbar und wohl für immer zurück.

Die Beispiele Senegal und Brasilien verdeutlichen die wichtige Mechanismen, die Unterernährung mitverursachen. Georg Borgstrom, ein Weltbankexperte, schätzt, dass die westliche Welt jährlich eine Million Tonnen mehr Protein aus den Entwicklungsländern einführt, als sie dorthin in Form von Ge-



treide ausführt. Der grösste Teil dieses Proteins (neben Soja und Ölsaaten auch Fischmehl und Mais) wird als Viehfutter verwendet. So wird schätzungsweise ein Drittel der afrikanischen Erdnussernte vom Vieh in andern Kontinenten gefressen.

Es ist klar, dass die Schuld für diese verkehrte Ordnung, die an den Grundbedürfnissen der Armen vorbeifunktioniert, nicht einfach dem Durchschnittsschweizer zugeschoben werden kann, dessen Braten proportional mit dem Einkommen an Umfang zugenommen hat. (Während der Schweizer im Durchschnitt 1930 noch 40,8 kg Fleisch pro Jahr verzehrte, waren es 1976 78,8 kg.)

Der wachsende Bedarf an Futtergetreide und Kraftfutter hängt, wie bereits erwähnt, eng damit zusammen, dass in den letzten Jahrzehnten die Fleischproduktion auf der Basis von Futtergetreide und Kraftfutter von den grossen Getreidekonzernen mit allen Mitteln gefördert wurde. Die Firma Cargill zum Beispiel, einer der fünf amerikanischen Konzerne, die den Weltmarkt beherrschen, hat in einem Werbetext in aller Offenheit und Naivität beschrieben, wie mit dieser Strategie in Japan, Pakistan und Taiwan neue Fleisch- und Geflügelindustrien eingeführt und damit neue Nachfrage nach amerikanischem Getreide geschaffen wurde. Daneben den Anstrengungen der USA essen jetzt Menschen, die einst von einheimischer Kost lebten, in Form von Steaks, Hamburgern und Poulets nach amerikanischer Art. Ein wichtiges Instrument zur Erschliessung neuer Märkte war ausgerechnet die Nahrungsmittelhilfe, die einseitig neue Essgewohnheiten einführt, anderseits mit Futtermittelhilfe neue Produktionsfor-

men förderte. Die steigende Nachfrage nach Futtergetreide sowohl in den Industrieländern wie in den Entwicklungsländern hilft die Getreidevorräte niedrig- und die Preise hochhalten. Gleichzeitig verschärft sich weltweit die Abhängigkeit vom nordamerikanischen «Brotkorb».

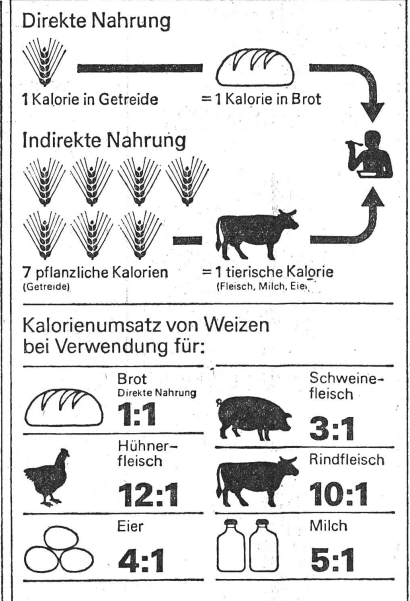
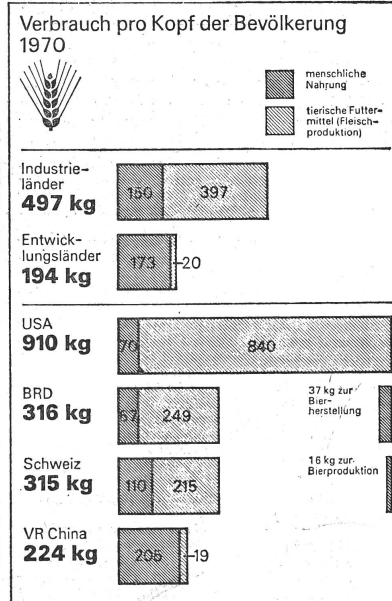
Während die Entwicklungsländer Agrarprodukte für den Export produzieren, wird ihr Nahrungsmitteldefizit, das sie durch Getreideimporte decken müssen, immer grösser. Die internationale Arbeitsteilung die sich zum Nachteil der Entwicklungsländer auswirkt und nicht zuletzt auch ihre politische Abhängigkeit verschärft, verstärkt sich.

Man lässt die Öffentlichkeit gern vergessen, dass die 120 Millionen Tonnen Getreide der Weltjahresproduktion eigentlich ausreichen würden, um die vier Milliarden Menschen mit 300 kg Getreide pro Kopf und Jahr ausreichend zu versorgen. Dazu kämen all die Ölsaaten, von denen man Ende der sechziger Jahre schätzte, dass sie die Menschheit mit ebensoviel Protein versorgen könnten wie alles tierische Protein, das auf der Welt produziert wird. Heute werden jedoch 35 Prozent der Weltjahresproduktion an Getreide als Viehfutter verwendet. In den Industrieländern beträgt der Anteil etwa zwei Drittel des gesamten Getreideverbrauchs.

Hunger wird global betrachtet, nicht durch mangelnde Produktion verursacht, sondern hat viel mehr mit der Frage zu tun, wer Produktion und Handel beherrscht und wer was konsumiert. Industrielle Tierhaltung auf Futtergetreide- und Kraftfutterbasis bedeutet Luxusproduktion für die Reichen mit den Nahrungsmitteln der Armen.

Anne-Marie Holenstein.

Grosse Unterschiede im Getreide-Getreideverschwendung durch Verbrauch pro Kopf Fleischproduktion



Aus: R. M. Strahm, Überentwicklung – Unterentwicklung, 1975.

nach FAO/Heileri

Spots

Unser Investor-Tip: Jetzt in der Westschweiz Land kaufen. Jedes Jahr hat nämlich die Linke in Frankreich die besten Aussichten, die Wahlen zu gewinnen. Bereits läuft das Geschäft: Mit einem der neuen superbilligen «Sky-train»-Flüge kam ein New-Yorker Jude nach Europa, mit dem Ziel, in der Judenschweiz Land zu kaufen. Seine Erklärung: «Lohnt sich in den Nachbarländern Frankreichs Land zu kaufen, das man dann mit Gewinn den Flüchtlingen vor dem Kommunismus verkaufen kann.» «In God we trust.» (Devise auf US-Dollarnoten)

Viele munkeln, in den letzten Rezessionsjahren hätten die Theater ihre einst in Feuilletons gepriesene Avantgardefunktion mehr oder weniger kampflos aufgegeben. Anders im Neumarkttheater in Zürich: Da hat man schon vor dem 25. September von der direkten zur repräsentativen Demokratie gewechselt. Hier, wo noch letzten Winte die Mitbestimmungsdiskussion die Szene beherrschte, stellte ein angestellter Schauspieler diese Saison den Betrieb schon so vor: «Zuerst ist da natürlich der Direktor.»

Die Atomkraftwerke Beznau II und Mühleberg arbeiten seit 1971 nur mit provisorischer Betriebsbewilligung. Dies musste der Bundesrat auf eine Anfrage von Nationalrat Jäger (LdU) zugeben. Die beiden Werke erhielten keine definitive Betriebsbewilligung, weil beim A-Werk Beznau I Störungen aufgetreten seien. Diese Erklärung von offizieller Seite ist um so brisanter, als die Betriebsleitung des Kernkraftwerks Beznau einer «konzept»-Leserin gegenüber diese Störungen bestritt (vgl. «das konzept» 3/77)

Es ist ein «Verbrechen», eine Soldatenzeitung zu schreiben. Und weil es ein

«Verbrechen» ist, darf auch der Telefonanschluss dieser «Verbrecher» überwacht werden. Da aber eine solche Überwachung viel Geld kostet, werden die Überwachten selbst zur Kasse gebeten und nicht etwa diejenigen, welche die Überwachung verbrochen haben. So entschied ein Basler Gericht und beruft sich auf das Bundesgesetz, welches die Überwachung von Telefonaten regelt. Hier, wo noch letzten Winte die Mitbestimmungsdiskussion die Szene beherrschte, stellte ein angestellter Schauspieler diese Saison den Betrieb schon so vor: «Zuerst ist da natürlich der Direktor.»

In Sachen Landesverrat sinniert das offizielle Mitteilungsblatt der Stabskompanie der Territorialzone 4, «Igel»: «Allenfalls wäre noch ein Ausweg geblieben, um sich dem einsetzenden massiven Druck zu entziehen: In der Offizierschule hat auch Aspirant Jeanmaire eine Pistole gefasst.»

Eine Diogenes-Anzeige

Alfred Andersch
Öffentlicher Brief an einen sowjetischen Schriftsteller, das Überholte betreffend

Reportagen (über Mexico, Spanien, Portugal) und Aufsätze (über Politik und Kunst).

Erstausgabe detebe 1/XIII, 224 Seiten, 7.80

— 25 Jahre Diogenes Verlag

echo

Leserbriefe sind mit Schreibmaschine geschrieben zu richten an: «Redaktion «das konzept» Rämistrasse 66, 8001 Zürich. Kurze Zuschriften freuen uns besonders.

Aber der besondere Zustand muss geändert werden

zum «konzept»-Sonderdruck «Schwangerschaftsabbruch»

Ich sende Ihnen hiermit noch 1.50 Fr. für den Sonderdruck «Schwangerschaftsabbruch», ich hatte es bei der Bestellung vergessen.

Nun, ich werde trotz allem gegen die Fristenlösung stimmen. Aber ich bin mit Ihnen einig, dass der heutige Zustand geändert werden muss. Wenn die Initiative, falls sie abgelehnt wird, eine solche Veränderung bewirkt, dann hat sie für mich ein positives Ereignis gezeit.

Es muss etwas geschehen, aber nicht das, was in der Initiative gefordert wird. Darüber, dass ein 12 Wochen alter Embryo lebt, sind wir uns doch im klaren. Die Menschen haben doch nicht das Recht, über das Leben anderer zu entscheiden, schliesslich sind wir nicht die obersten Herrscher dieser Welt. Es ist ein typisches Zeichen unserer Zeit, alles, was uns nicht passt, wegzuerwerfen.

Ch. Keller

Position nuanciert...

«Leistung ist wieder gefragt», edas konzept 9/77

Sehr geehrte Herren, es freut einen ja immer, wenn man in einem Artikel zitiert wird, und dann sollte man auch nicht reklamieren. Trotzdem gestatte ich mir einige Anmerkungen zu diesem Artikel.

Was im Vorspann wie ein Verweis auf die gute alte Zeit tönt, als «fortschrittliche Wirtschaftskreise» - z.B. über die GHF (Gesellschaft für Hochschule und Forschung) - einen grosszügigen Ausbau der Hochschulen« forderten, könnte leicht missverstanden werden. Die GHF - und auch die meisten «fortschrittlichen Wirtschaftskreise» - wendet sich nach wie vor entschieden gegen Zulassungsbeschränkungen. Allerdings hat sich unsere Position insoweit nuanciert, als wir die zusätzlichen Kapazitäten nicht nur über zweifelhafte auch nötige Ausbaumassnahmen (Lucens) beschaffen wollen, sondern davon überzeugt sind, dass bei besserer Ausnützung der gegenwärtigen Institu-

tionen noch einige Kapazitätsreserven aktiviert werden können. Unter besserer Ausnützung verstehen wir nicht nur technokratische Massnahmen, wie Laborplatzorganisation, Öffnung der Bibliothek über das Wochenende und am Abend, sondern v.a. auch Reformen der Studiengänge und -methoden (Durchforstung der Studiengänge nach Ballast, damit neue Inhalte überhaupt aufgenommen werden können, Zeit für Selbststudium, Tutorien usw.). Unter der Voraussetzung, dass solche Reformen durchgeführt werden, könnte sich auch die Dozentenschaft wohl eher zu einer Mehrbelastung durch die Lehre bereit erklären, denn diese würde z.B. in der Arbeit mit Tutoren dann anspruchsvoller und entsprechend interessanter.

Die Studie von Niklaus Blattner, die Sie besprechen, würde - wie Sie sicher wissen - an der gemeinsam von der Arbeitsgemeinschaft für akademische Berufs- und Studienberatung (AGAB) und der GHF organisierten Tagung über

Laufend «unerwünschte» Ereignisse

Zum Unfall im Atomkraftwerk von Lucens

Der unlängst bekanntgegebene Zwischenbericht der Untersuchungskommission (UKL) vom Mai 1977 über den atomaren Unfall in Lucens ist alles andere als beruhigend. Es wird versucht, den Unfall als «Spezialfall» darzustellen, indem erklärt wird: «Dementsprechend kann heute mit Sicherheit festgestellt werden, dass ein Schaden ähnlicher Art bei den heute in Betrieb, im Bau oder in Projektierung befindlichen Kernkraftwerken ausgeschlossen ist.» Man kann nur hoffen, dass nicht die gleichen Fehler gemacht werden. Aber nun behaupten zu wollen, dass «Schäden anderer Art» nicht auftreten können, wäre sehr vermessen.

Es ist längst kein Geheimnis mehr, dass in den Atomkraftwerken (auch bei uns) laufend «unerwünschte» Ereignisse ein- und auftreten, die aber mit Hilfe der im Atomgesetz von 1959 für das Personal stipulierten Schweigepflicht der Bevölkerung verschwiegen werden.

Die Werbung der Atomwirtschaft vom Bürger weismachen, dass «nun auch in der Kernenergie zugehen müssen, dass der Betrieb von Kernkraftwerken sicher ist». Gerade das Gegenteil kann man feststellen. Prominente Atomenergiebefürworter, so Prof. Dr. H. Michaelis, streiten die Unfallmöglichkeit nicht ab: «Unfälle können nicht mit absoluter Sicherheit ausgeschlossen werden. Eine solche Sicherheit gibt es übrigens in keinem Bereich der Technik. Es kann daher nur darauf ankommen, soweit dies möglich und vertretbar ist, das Risiko herabzusetzen und zugleich Massnahmen zu treffen, die die

«Beschäftigungssituation für Hochschulabsolventen» vorgetragen, die sie ja auch ansprechen. Vereinigungen wie die unsren können dann durch die offene Diskussion bestimmter Themen eine gewisse Breitenwirkung erzielen, wenn ihre Bekanntheit gross ist. Wir sind auf die Journalisten angewiesen, die dasselbe Ziel haben, und möchten Sie deshalb bitten, die Organisatoren von Tagungen wie derjenigen in Dulliken in Zukunft in ihren Berichterstattungen zu nennen.

Wir möchten Ihnen mitteilen, dass in Kürze eine kritische Auseinandersetzung mit den Hypothesen der Studie Blattner folgen wird. Wir haben bei genauer Überprüfung des benützten Zahlenmaterials festgestellt, dass einige Grundannahmen fragwürdig sind, weshalb die darauf aufbauenden Folgerungen kaum der Realität entsprechen dürften.

Gesellschaft für Hochschule und Forschung
Günther Latzel

Folgen eines Unfalles begrenzen.» (Aus seinem neuen Buch «Kernenergie».)

Die wirklichen Schlussfolgerungen aus dem genannten «Lucens»-Zwischenbericht lauten: 1. Schäden anderer Art sind in Atomkraftwerken jederzeit möglich. Der Satz im Bericht Seite 7: «... Fabrikationsfehler können nie mit absoluter Sicherheit ausgeschlossen werden» bezeugt dies sehr deutlich und gilt nicht nur für die Spaltelemente. Der Bundesrat bestätigt, allerdings antwortlos, diese Auffassung. Auf die einfache Anfrage von Nationalrat Jaeger vom 4. 5. 1977 betreffend der Rechtmässigkeit der Bewilligungen der Atomkraftwerke Mühlebegg und Beznuai I heisst es unter anderem: «Beim Atomkraftwerk Beznuai I sind gewisse Störungen (Schäden an der ersten Charge Brennstoffelemente, Korrosionserscheinungen des Wärmeaustauschers) aufgetreten, die zu längeren Stilllegungen der Anlagen in den Jahren 1970-1972 geführt haben.»

Unsere freie Planwirtschaft

Wir haben also dieses System der freien Planwirtschaft. Da gibt es welche, die planen frei: zum Beispiel die Mannheimer Brown, Boveri & Co. AG plant, dass in nächster Zukunft 110 Arbeitsplätze gefährdet seien. Und der Grund? Der Baustopp für Kernkraftwerke in der BRD. Es wurde aber nicht nur geplant, sondern auch gleich - frei - gehandelt: 290 Mitarbeiter wurden entlassen.

So funktioniert die Macht der wirtschaftlich Grossen: Wenn die Regierung nicht genau das tut, was die Unternehmen wollen, werden drastische Massnahmen ergriffen. Drastisch allerdings nur für die Arbeiter, für die Entlassenen, wie für jene, welche nun denselben Profit mit einer kleineren Belegschaft erwirtschaften müssen.

Doch zurück zur Planung: Würde die Firma BBC vom Baustopp für Atomkraftwerke getroffen wie vom Blitz aus heiterem Himmel? Hat die Geschäftsleitung noch nie davon gehört, dass es eine grosse Zahl von Bürgern in unseren

Ländern gibt, welche einen Stopp für Atomkraftwerke verlangen? Anscheinend nicht, jedenfalls hat das Unternehmen, welches hauptsächlich im Energie-sektor tätig ist, keine Ersatzbeschäftigung für seine Arbeiter in anderen Bereichen gesucht. Nein, aber geplant wurde trotzdem die Verlagerung, sondern die Entlassung.

Dein; wie wir aus vertrauenswürdiger Quelle erfahren haben, ist auch der Badener Hauptst. im Begriff, auf diese Weise zu planen: in einem Ausbildungs-kurs für höhere Kader der BBC, welcher zurzeit stattfindet, werden nicht Ersatzarbeitsplätze geplant für den Fall, dass auch in der Schweiz ein Baustopp für Atomkraftwerke kommen sollte (man muss ihn allerdings unserer Regierung abpressen, von allein kommt er sicher nicht), vielmehr plant man jetzt schon, wie viele Arbeitslose man in diesem Macht- und Profitkampf in die Waagschale werfen werde!

R. Küng

2. Die Sicherheitseinrichtungen in Lucens arbeiteten nicht rechtzeitig. Sie konnten weder die Überhitzung noch das Ausströmen von Radioaktivität verhindern. Nur dem glücklichen Umstand, dass der Reaktor bis zum Unfalltag wochenlang stillgelegt und daher nur eine geringe Menge Radioaktivität produziert worden war, ist es zu verdanken, dass nichts Schlimmeres passierte.

3. Die bewährte Sicherheitsmassnahme, nämlich die unterirdische Anordnung, bewahrte die Bevölkerung vor Schaden. Trotz dieser eindeutigen Sachlage wurden von den Behörden Atomkraftwerke, die 100mal grösser als Lucens sind, oberirdisch und dazu noch in Ballungsgebieten bewilligt. Es wäre Pflicht der Behörden gewesen, bis zur Klärung des Unfalles in Lucens mit sämtlichen Bewilligungen zu warten. Die deutschen Behörden haben im Fall Grundremingen so gehandelt.

4. In Anbetracht der enormen Gefährdung und der Unsicherheit in bezug auf das Eintretensrisiko ist ein 4jähriger Bewilligungs- und Baustopp eine dringende Notwendigkeit.

Erich Varrone, Schwarzenburg

Nach dem Nein zur Fristenlösung

das konzept hilft weiter

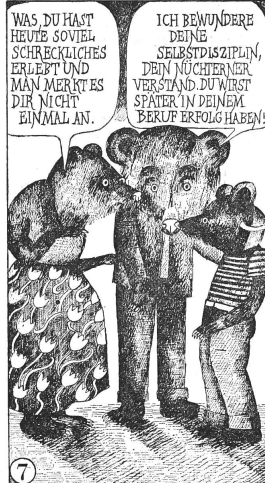
«das konzept» hat seinen Leserinnen und Lesern schon seit Jahren in der Frage der Verhütung und in schwereren Fällen geholfen. Wir geben eine immer wieder verbesserte Liste von Ärzten, welche die Abgabe der Pille liberal handhaben, auf Wunsch gratis ab. Wir haben auch ein Merkblatt für Sie bereit, welches Ihnen im Fall einer unerwünschten Schwangerschaft weiterhelfen soll: mit Adressen von Ärzten, denen Sie sich anvertrauen können, mit Adressen von Kliniken im Ausland, wo Sie einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen lassen können. Sie erhalten die Liste auf Anfrage (mit frankiertem Antwortschlag). Geben Sie diesen Tip Ihren Bekannten weiter. Und noch etwas: Falls Sie aufgrund unseres Merkblattes Erfahrungen gemacht haben, teilen Sie uns diese mit.

Die Redaktion



Gemäss Aussagen des Ministers von Taiwan, Tschang Tsching-kuo, haben 1976 183 «antikommunistische Gruppen» mit bis zu mehreren tausend Mitgliedern einen beachtlichen Krieg gegen die Volksrepublik China geführt, genau solen es nach der gleichen Quelle 1886 Aktionen (Aufstand und Sabotage) gewesen sein.

Trotz Zunahme der Bundesausgaben für soziale Wohlfahrt im Budget 1977 bleibt der Posten Landesverteidigung mit 3,245 Milliarden Franken das teuerste Geschäft des Schweizer Haushaltes.



Unser Buchtip Herbst 1977:

**Edgar Hilsenrath,
Der Nazi und der Friseur**
Roman, 424 Seiten
31.70 Fr.
«Aussergewöhnlich brutal, kompromisslos und wirkungsvoll.» («Times Literary Supplement»)
«Gewaltige Satire.» («Le Figaro»)
«Schwarze Komödie.» («Sunday»)
«Atemlos spannend bis zur letzten Seite.» («La Suisse»)

Am 22. August ausführlicher Bericht über den Autor Edgar Hilsenrath im «Spiegel.»
Weltauflage: ca. 1,2 Millionen.

**Peter Graf,
Atomfront,**
eine Lektion in schweizerischer
Machtpolitik
Dokumentation: E. Varrone
76 Seiten, 7.50 Fr.
«Eine ausführliche Information über das schweizerische Atomgesetz von 1959 und dessen Folgen.»

«Buch 2000», Versandbuchhandlung, Postfach 36, 8910 Affoltern a. Albis
Telefon: (01) 99 85 85

TIPPARBEITEN

(Diss., Examensarbeiten usw.) erledige ich schnell und zuverlässig auf nagelneuer IBM-Kugelschreiber-Maschine. Ruft mal an:
Eva Rühl (01) 55 63 56.

Protest gegen die Neutronenbombe

Die Schweizerische Friedensbewegung hat an ihrer Landeskonferenz vom 30./31. 7. 1977 beschlossen, eine landesweite Kampagne gegen die Herstellung der menschenfeindlichen und für den Weltfrieden gefährlichen Neutronenbombe zu starten.
Sie unterbreitet der schweizerischen Öffentlichkeit folgenden Appell an Präsident Carter zur Unterschrift:
«Sehr geehrter Herr Präsident, wir Einwohner der Schweiz protestieren entschieden gegen ihre Absicht, Neutronenbomben bauen zu lassen. Wir fordern Sie auf, auf den Bau dieser Massenvernichtungswaffen zu verzichten und stattdessen konkrete Schritte zur Beendigung des Wettlaufes einzuleiten.»
Dieser Aufruf wurde von einer Reihe von Nationalisten sowie zahlreichen weiteren prominenten Politikern, Schriftstellern, Theologen, Juristen und Journalisten erst unterzeichnet.
Wer sich an der Unterschriftensammlung beteiligen will, kann Unterschriftenbogen bei der Schweizerischen Friedensbewegung, Postfach 2113, 4001 Basel, anfordern.
Wer diese Aktion finanziell unterstützen will, überweise seine Einzahlung auf Postcheckkonto 40-1627.

arbeitsgemeinschaft WORKSHOP

• **Selbsterfahrung mit Gestalt-Arbeit in der Gruppe**
25.-28. Nov. 77 in Linthal GL. Kosten: 180 Fr./120 Fr. für Nichtverdienende; 60 Fr. Kost und Logis
• **Intensiv-Woche in Transaktionaler Analyse**
(Arbeit am eigenen Lebensplan)
Weihnacht/Neujahr: 26.-31. Dez. 77 in Horgen ZH; Kosten: 360 Fr./240 Fr. für Nichtverd.; 120 Fr. Kost und Logis
Verlangen Sie Informationen über unser weiteres Programm:
WORKSHOP c/o Hansruedi Hunter, lic. phil., Psychologe, Sihlhaldenstr. 40, 8135 Gattikon, (01) 720 92 26.



Semesterarbeiten
Dissertationen
Doktorarbeiten
alles drucken wir zu äusserst günstigen Preisen ab reprofertigen Vorlagen
Vorlagenherstellung mit IBM-Kugelschreiber-Maschine oder IBM-Composer
Preise auf Anfrage
Lieferfristen: besonders schnell
rufen Sie an oder kommen Sie vorbei
CopyQuick
Zweierstrasse 129, 8003 Zürich, Tel. 01/353 888 oder Schützengasse 4, Eingang Waisenhausstrasse, Tel. 01/211 66 36

Endlich wieder lieferbar!

**Karl Marx
Grundrisse der Kritik
der politischen
Ökonomie**
(Rohentwurf) 1857-1858
Anhang 1850-1859

Die vorliegende Ausgabe ist ein photomechanischer Nachdruck der Moskauer Ausgabe von 1939 und 1941 (Marx-Engels-Lenin-Institut, Moskau), jedoch wurden die am Schluss des Anhangsbandes aufgeführten Entzifferungs- und Druckfehler im Text des Werkes selbst berichtigt. Die beiden Teile der Moskauer Ausgabe wurden zu einem Band zusammengefasst; verzichtet wurde auf eine Wiedergabe der Bild- und Faksimilebeigaben.
1102 Seiten, in Leder, 12.90 Fr., Dietz-Verlag, Berlin (DDR)

Buchhandlung Genossenschaft Literaturvertrieb Zürich Cramerstrasse 2/Ecke Zweierstrasse, 8004 Zürich, Tel. (01) 242 86 11
Basel: Buchhandlung Otto Waser, Rümelinplatz 15-17
St. Gallen: Cosmos Reisen + Bücher, St.-Leonhard-Str. 49. Nur nachmittags geöffnet, Samstag den ganzen Tag

Organikum Organisch-chemisches Grundpraktikum

15., überarbeitete Auflage
880 Seiten, Leinen, mit 123 Abbildungen und 154 Tafeln, 51.50 Fr. Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin (DDR)

Vorwort zur 15. Auflage
Die vorliegende Auflage des «Organikums» wurde wiederum in einzelnen Teilen überarbeitet und ergänzt.
An die überarbeiteten Abschnitte über Spektroskopie schliessen sich jetzt Hinweise zum methodischen Vorgehen bei der Strukturaufklärung mit Hilfe spektroskopischer Methoden an. Das Kapitel «Additionen» erhielt eine neue Gliederung; die Abschnitte «Cycloadditionen» und «Metallkomplekxkatalysierte Reaktionen» sind ergänzt bzw. neu aufgenommen. In das Kapitel «Identifizierung organischer Substanzen» wurde ein Ablaufplan eingefügt.
Selbstverständlich haben wir wiederum Vorschriften überprüft und präzisiert, den Text an vielen Stellen gestrafft und die Literaturaufklärung mit Hilfe spektroskopischer Methoden an. Die gute Resonanz, die das Buch im In- und Ausland gefunden hat, äusserte sich diesmal in vielen wertvollen Hinweisen von Fachkollegen, die weitgehend bei der Überarbeitung berücksichtigt wurden.

Zu beziehen: durch Ihre Buchhandlung!
Buchhandlung Genossenschaft Literaturvertrieb, 8004 Zürich, Cramerstr. 2/Ecke Zweierstrasse, Tel. (01) 39 85 12 + 39 86 11.

Ihre DISSERTATION schreibt und druckt zu vernünftigen Preisen



ist die linksprende am ende?
fragte eine grosse «überparteiliche» bürgerliche zeitung, überzeugen sie sich selber, wie lebendig wir sind, schnuppern sie mal in der täglichen alternative.
ihr «parteilicher» FREIER AARGAUER/ VOLKSRECHT



COUPON
Ich bestelle ein Schnupperabonnement zu Fr. 10.— für 3 Monate.
 Ausgabe VOLKSRECHT (Kt. Zürich)
 Ausgabe FREIER AARGAUER (Kt. Aargau)

Name: _____
Vorname: _____
Benf: _____
Jahrgang: _____
Strasse: _____
PLZ Ort: _____
Einsenden an: Administration Freier Aargauer/Volksrecht Postfach, 8026 Zürich

Kontaktinse-
rate in «das
konzept» sind
sehr
preisgünstig
und
erreichen
ca. 40 000
kontaktfreudige
junge Leser.

DISSERTATIONEN	bei Expl.	DM pro Seite	Angebot anfordern
druckt exzellent	70	3.30	
von DIN A4-Vorlage	100	3.45	
auf DIN A5-Format	150	3.65	
BÖNECKE	200	3.85	
Lieferung erfolgt jeden Dienstag und Freitag.	300	4.25	
3392 Clausthal-Zellerfeld	Frachtabbilligung		
Fach 29 Ruf 05323/3525	Raster billigst!		

COPY-CORNER

FOTOKOPIEN UND DRUCKSERVICE
Seilergraben 41, 8001 Zürich
Tel. 01/32 49 34, PC 80-27780

FOTOKOPIEN AUF NORMALPAPIER
(xerographisches Verfahren)

Schnelldruck (ab einer Vorlage)	1seitig	2seitig
30 Ex.	4.50	9.—
50 Ex.	5.50	10.50
100 Ex.	7.50	14.50
200 Ex.	15.—	28.—
300 Ex.	21.—	38.—
350 Ex.	23.—	42.—
400 Ex.	25.50	44.50
500 Ex.	28.—	52.—
1000 Ex.	40.—	73.—

ÖFFNUNGSZEITEN MO-FR 08.30-18.30
SA 10.00-13.00
Ibico-Spiralbindung pro Buch 2.50-4.50

Genossenschaft Polybuchhandlung

Wir sind umgezogen!!

Polybuchhandlung ETH-Zentrum MM B 97.1
8092 Zürich, Tel. 47 17 27 oder 32 62 11 int. 4299

- Bestellungen können in der Polybuchhandlung, im SAB/Zentrum oder SAB/Hönggerberg abgegeben werden.
- Lieferdienst für deutsche Titel: 3 Tage bis 1 Woche, für englische Titel: 2 bis 5 Wochen
- Abholen kann man einzeln bestellte Bücher in der Polybuchhandlung. Wir gewähren jedem Studenten an wissenschaftlichen Büchern 10% Rabatt.
- Mengenrabatt: Auf Sammelbestellungen geben wir folgenden Mengenrabatt: ab 10 Ex. 5%, ab 20 Ex. 10%, ab 50 Ex. 15%.

Wir können jedes Buch bestellen

Gesucht!

kritische, mutige engagierte Schreiberlinge!

Möchtest Du Dich am redaktionellen Teil der Jugendzeitung «EineZwängzi» mit profilierten Artikeln, Kommentaren oder Glossen beteiligen? Dein Anruf würde uns freuen: Tel. 28 32 00.

Man muss die Ansichten der PdA nicht teilen – aber man muss sie kennen

Die sozialistische Wochenzeitung «VORWÄRTS» beschreibt, analysiert und kommentiert

- schweizerische und internationale Politik
- Arbeitskonflikte und ihre Hintergründe
- Geschichte der Arbeiterbewegung
- Entwicklung in den sozialistischen Ländern
- nationale Befreiungsbewegungen
- marxistische Theorie
- Theater, Film und Literatur

Ich abonniere den «VORWÄRTS» bis Ende 1977 zum Preis von 10 Fr.

Name _____
Strasse, Nr. _____
PLZ, Ort _____
Einsenden an: Administration «VORWÄRTS», Postfach 2232, 4001 Basel

VORWÄRTS

Bundesrat Graber deckt französische Skandaljustiz

Kein Wort von Folterungen

Der Vorsteher des Eidg. Politischen Departementes 3003 Bern, den 25. August 1977

Ich versichere Sie, sehr geehrte Herren, meiner vorzüglichen Hochachtung.

Graber



Sehr geehrte Herren, Ich habe Ihren Brief vom 9. August 1977, in welchem Sie das Politische Departement aufzufordern, für die Freilassung unseres Mitbürgers Rudolf Krähenbühl zu intervenieren, erhalten.

Unser Generalkonsulat in Lyon hat bestätigt, dass Herr R. Krähenbühl am 6. August von einem Gericht in Bourgoin zu drei Monaten Gefängnis, wovon zwei Monate bedingt, verurteilt wurde. Ein zweiter angeklagter Schweizer wurde freigesprochen. Am 12. August hat R. Krähenbühl gegen das Urteil Verfahren eingeleitet. Damit wurde das Verfahren an ein Appellationsgericht in Grenoble weitergeleitet, das unseren Landmann am 24. August freisprach, gleichzeitig aber seine Ausweisung aus Frankreich beschloss. Seit heute früh befindet er sich wieder in der Schweiz.

Seit seiner Verhaftung lag der Fall in der Kompetenz der französischen Justizbehörden, was eine Intervention unsererseits ausschloss. Wir hätten damit gegen das Prinzip der Gewaltentrennung verstoßen, aufgrund dessen auch wir jede ausländische Intervention in Angelegenheiten, die von schweizerischen Gerichten hängig sind, zurückweisen.

Im übrigen hat sich unser Generalkonsulat in Lyon in beiden Fällen im Rahmen des üblichen konsularischen Schutzes um unsere Landsleute bemüht. R. Krähenbühl wurde von einem Konsularbeamten besucht, der sich vergewissern konnte, dass es ihm den Umständen entsprechend gutging und dass ihm ein Verteidiger zur Verfügung stand.

Von Ihrer Beurteilung des Gesetzes, nach dem unser Landmann verurteilt wurde, habe ich Kenntnis genommen. Ich möchte mich darauf beschränken, zu bemerken, dass dieses Gesetz vom französischen Parlament verabschiedet und damit integraler Bestandteil der Rechtsordnung unseres Nachbarlandes wurde.

(dmb) Zusammen mit mehreren Manifestanten wurden am 6. August in der französischen Stadt Bourgoin bei Lyon auch zwei Schweizer stellvertretend für viele tausend Atomkraftwerkgegner, die am letzten Juliwochenende in Malville gegen den schnellen Brüter «Super-Phenix» demonstrierten, in einem Schnellverfahren abgeurteilt. Der Genfer Rudolf Krähenbühl wurde zu drei Monaten Gefängnis - davon zwei bedingt - verurteilt. Das DM forderte Ausseminister Pierre Graber am 9. August in einem Brief auf, bei den französischen Behörden alles für die Freilassung Krähenbühls zu unternehmen. Graber unternahm nichts; erst als Krähenbühl am 24. August in einem zweiten Verfahren, nachdem er einen Monat im Gefängnis gesessen hatte, freigesprochen und aus Frankreich ausgewiesen wurde, bequimte sich Graber zu einer Antwort an das Demokratische Manifest.

In seiner Antwort unterlässt es Graber aber, auf die politische Seite der französischen Verurteilung einzugehen, er bleibt im Formaljuristischen hängen. Damit dem sogenannten «Krawallparagrafen» können aufgrund von Kollektivhaftung Teilnehmer einer Kundgebung willkürlich herausgeriffen und in einem Schnellverfahren abgeurteilt werden - ein Prozedere, das die Schweiz nicht kennt. Graber in seiner Antwort: «Von Ihrer Beurteilung des Gesetzes nach dem unser Landmann verurteilt wurde, habe ich Kenntnis genommen. Ich möchte mich darauf beschränken, zu bemerken, dass dieses Gesetz vom französischen Parlament verabschiedet und damit integraler Bestandteil der Rechtsordnung unseres Nachbarlandes wurde.»

geklagten Eidgenossen und vergewisserte sich, «dass es ihm (Krähenbühl) den Umständen entsprechend gutging und dass ihm ein Verteidiger zur Verfügung stand».

Kein Wort davon, dass die Häftlinge von der französischen Polizei gefoltert wurden. Dies ist an einer Pressekonzferenz in Paris von den Misshandelten in schriftlichen und persönlich unterzeichneten Protokollen bekanntgegeben worden: «Den Umständen entsprechend kann immer nur verhältnismässig sein».

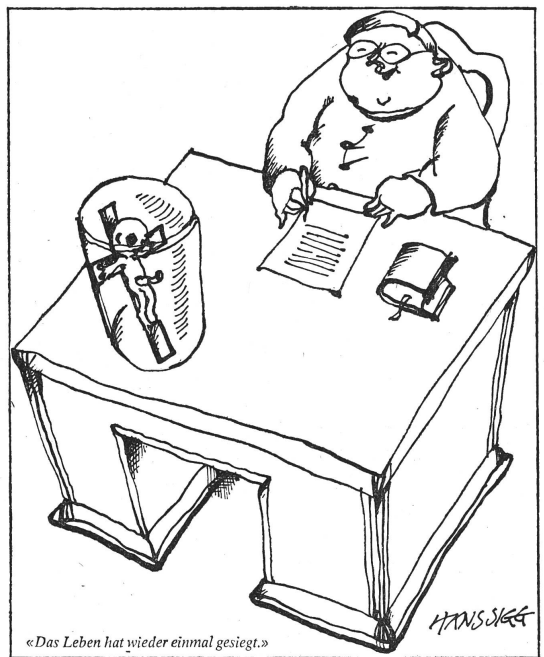
Fristenlösung gescheitert

Was nun?

Was geschieht nun, wo die Fristenlösung abgelehnt wurde? Es tritt die sog. Indikationlösung mit erweiterter sozialer Indikation in Kraft. Viele Leute glauben, die sei «auch recht», ein guter Ersatz und merken nicht, dass dieses Gesetz eine Verschärfung der heutigen Situation bringt, einen Rückschritt bedeutet:

Der Schwangerschaftsabbruch wird nicht nur in den liberalen Kantonen, sondern auch in jenen Kantonen, die bisher keinen Abbruch ausser im Fall der unmittelbaren Lebensgefahr für die schwangere Frau gestattet haben, erschwert. Es soll nämlich die Kontrolle über die Gutachter verschärft werden, indem diese von jedem Gutachten eine Kopie (ohne den Namen der Schwangeren) an die zuständige Behörde abliefern müssen (Art. 4). Ein Gutachter, der in den Augen der Behörden zu liberal ist und zu viele Gutachten erstellt, kann von diesen «abgesetzt» und durch einen weniger grosszügigen ersetzt werden. Durch die verschärfte Kontrolle wird er auch dadurch stärkerem Druck ausgesetzt, dass er wegen «fahrlässiger» Bescheinigung, es sei ein Abbruch zu bewilligen, mit Gefängnis oder Busse bestraft werden kann (Art. 9). Er wird also bei der Erstellung von Gutachten noch viel zurückhaltender sein.

In jenen Kantonen, in welchen bis jetzt eine liberale Auslegung des Gesetzes praktiziert wurde, wird nach dem neuen Gesetz der Weg der unerwünscht schwangeren Frau noch demütigender und noch entwürdigender, denn nun wird sie nicht nur zu zwei, sondern sogar zu drei Personen, näm-



«Das Leben hat wieder einmal gesiegt.»

lich ausser zum Arzt und Psychiater noch zu drei Sozialarbeitern gehen müssen. Dieses Gutachten wird für die Schwangere zwar unentgeltlich sein, jedoch eine kostspielige Aufblähung des Verwaltungsapparates zur Folge haben. Zudem wird dadurch der Eingriff durch eine weitere Woche verzögert. In den konservativen Kantonen kann so das Verfahren durch die drei Gutachter so lange hinausgeschoben werden, bis es auch für eine Reise in einen andern Kanton oder ins Ausland zu spät ist.

Die Frau muss also in Zukunft Angst haben, von drei Amtspersonen abgewiesen zu werden, sie wird abhängig von drei Gutachtern bei einem Entscheid, dessen Folgen sie allein (evtl. zusammen mit andern unmittelbar Betroffenen) zu tragen haben wird. Es geht ja nicht nur um das Austragen des Kindes während neun Monaten, sondern um die 15 bis 20 und mehr Jahre, die es braucht, um ein Kind aufzuziehen, zu pflanzen, ihm ein geborgenes Zuhause und eine Ausbildung zu geben. S. C.

Les plus belles prisons

Fortsetzung von Seite 3

Bettzeug - Kleider - Wäsche

Die Leintücher, zwei Stück, und ein Kopfkissen werden abgegeben; man wechselt sie alle 15 Tage. Drei Wolldecken stehen zur Verfügung (staubige Militärwolldecken). Es gibt keine Spezialkleidung.

Die Wäsche kann in einem grossen Eimer oder in der Wäschschüssel gemacht werden. Bewegliche Wäscheständer stehen zur Verfügung. Es ist auch sehr einfach, das Wechseln der sauberen/schmutzigen Kleider am freien Samstag, alle 15 Tage, vorzunehmen.

Spaziergang

Er findet von Montag bis Freitag statt, für die Gefangenen auf der geschlossenen Abteilung, nur in der ersten Woche mit Einschränkungen. Er dauert 20 bis 30 Minuten. Man muss den Aufseher manchmal daran erinnern.

Urlaub

Dieser findet jeden zweiten Samstag statt, von 14 bis 17 Uhr. Das Abendessen wird nicht ausgegeben. Andererseits wird der erste Urlaub erst 15 Tage nach Eintritt bewilligt.

Post

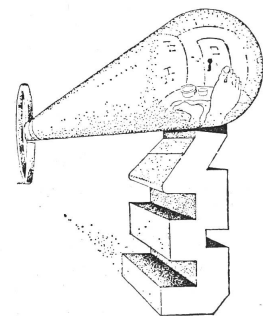
Der Briefverkehr wird nicht eingeschränkt, weder in der einen noch in der andern Richtung. Dagegen werden die Briefe im wesentlichen vom Präfekten gelesen, gleichfalls in der einen wie der andern Richtung, das heisst die abgeordneten wie die erhaltenen. Wird ein Brief als ungesund beurteilt (Kritiken, unfreundliche Bemerkungen!), so wird er dem Gefangenen zurückgegeben, falls er der Absender ist, oder er wird ihm beim Verlassen der Anstalt überreicht, falls er von aussen kommt. Es gibt kein spezielles Anstaltspapier; man muss sich also mit Briefpapier, Umschlägen und Marken eindecken.

Zu gibt auch keine Einschränkung die Pakete betreffend; diese werden aber auch geöffnet. Sie gehen jedoch nicht über die Präfektur, was so Folge hat,

dass wir die Briefe in den Paketen erst einen oder zwei Tage später erhalten. Zeitungsabonnemente sind erlaubt. Keine verbotenen Zeitungen.

Mahlzeiten

Mittag- und Abendessen werden gemeinsam eingenommen (erst 1. Woche ausgenommen) und zwar im Korridor, auf welchen alle Türen der Zellen führen. Einkäufe für zusätzliche Nahrungsmittel, um das Allgemeine zu ergänzen (Käse, Salami, Joghurt, Konfitüre usw.), sind möglich. Die Einrichtung einer Gemeinschaftskasse, in die wöchentlich einbezahlt wird, ermöglicht sich eine Nahrung zu verschaffen, die im Kollektiv besprochen wird und den Bedürfnissen entspricht. Es wird auch sehr empfohlen, bei der Ankunft im Gefängnis



Zeichnung: Edgar Mathhey

einen gewissen Vorrat an Lebensmitteln mitzubringen, der das Klima der ersten Woche sehr begünstigt: Das Fehlen der Freiheit regt sehr zum Essen an (u. a. Salami, Trockenkrücker, Kuchen, Konfitüre, Sirup). Das Frühstück besteht nur aus Brot und Milchkaffee.

Es ist erlaubt, sich eine andere Nahrung als die des Gefängnisses zu besorgen, natürlich auf eigene Kosten. Es ist gestattet, das Mittagessen im Spital einzunehmen: an Festtagen wie Fastenmontag, Karfreitag, Ostermontag, Weihnachten, 1. und 2. Januar. Freunden ist es erlaubt, die Mahlzeiten freun-

deinam mit den Gefangenen einzunehmen. Aber es ist nicht erlaubt, das Areal des Spitals zu verlassen.

Unterhaltung mit dem Anstaltsgeistlichen

Das Gespräch mit dem Anstaltsgeistlichen findet alle 15 Tage statt, am Samstag, abwechselnd mit dem freien Samstag. Das Gespräch ist gemeinsam und findet in der Bibliothek statt, von 9 Uhr bis 10.30 Uhr (und oft länger). Die Diskussionsthemen sind auszumachen; sie sind nicht unbedingt an den christlichen Glauben gebunden.

Bibliothek

Bücher können aus der Gefängnisbibliothek ausgeliehen werden. Sie verfügt über Bücher vom heiligen Antonius bis zu den Alpenblumen. Es ist auch möglich, Bücher aus der Spitalbibliothek auszuleihen.

Coiffeur - Arzt

Ein Arzt und ein Zahnarzt sind vom Gefängnis offiziell bestimmt. Im Krankheitsfall muss man im Prinzip sie benachrichtigen. Viele Gefangene lassen sich jedoch im Spital pflegen. Es scheint aber, dass in diesem Fall die Gefängnisversicherung nicht funktioniert. Es ist möglich, als «Ausnahmefall» zum Coiffeur zu gehen, nach vorheriger Anfrage beim Chef-Aufseher, der dem Bittsteller erlaubt, später ins Gefängnis zurückzukehren.

Verbotenes Material

- alle elektrischen Geräte, ausgenommen der Rasierapparat
alle Geräte, die Lärm erzeugen, sei dies ein Radio oder ein Musikinstrument
Photopparat
Es sind erlaubt: alle Bücher, Kerzen, Farbschachteln

Taschengeld

Man muss, je nachdem, was man einkauft, mit den zusätzlichen Lebensmitteln, Zigaretten und Tabak mit 50 bis 100 Fr. rechnen.

Lohn

Der Lohn, den man beim Austritt erhält, beträgt 3 Fr. pro Arbeitstag im Spital.

Berufsmässige Studien während des Stralvollzugs

Eine Gefangene hatten ausnahmsweise das Recht, ein Studium fortzusetzen, bei dem ein Aussetzen einen Schaden in ihrem Beruf bedeutete hätte. Auch konnten einige Berufsmusiker aufgrund von Belegen (Photokopie von Zeugnissen usw.) zweimal pro Woche 3/4 Stunden auf das Konservatorium gehen.

Die Zensur

Der Briefverkehr, ob ankommend oder abgehend, unterliegt einer doppelten Zensur. Zur «normalen» Zensur des Präfekten oder seiner Funktionäre kommt noch jene der Wärter. So wird

der Gefangene, der die Nahrung oder seine Bewacher kritisiert, gebeten, den Brief neu zu schreiben ohne die beschuldigenden Paragraphen.

Wenn ein Gefangener in geschlossenen Briefumschlag an eine Autorität schreibt (Staatsmann usw.), wollen die Wärter den Wortlaut wissen. Ein weiteres erlebtes Beispiel: Ein Gefangener erklärt seinem Briefempfänger, dass es ihm nicht gut gehe; eine halbe Stunde später kommt er den Besuch seines Wächters, der ihn fragt, was denn nicht ge...

Die Frauen

Die Gefängnisse der Neuenburger Berge nehmen auch «angeklagte oder verurteilte» Frauen auf. Der Gesetzestext ergäzt: «... streng von den übrigen Gefangenen getrennt.»

Sie wohnen im ersten Stock des Turmes und haben Arbeiten wie Bügeln und Nähen zu verrichten (natürlich). Sie arbeiten unter mühevollen und unangepassten Bedingungen (Höhe des Mobiliars, Beleuchtung, Platz usw.). Man lässt sogar jedesmal, wenn die Gefangenen im Hof spazieren, die Läden herunter, was eine elektrische Beleuchtung erfordert, welche aber den Anforderungen nicht genügt. Es gibt kein weibliches Personal; es hat wenig Frauen, die im Gefängnis von La Chaux-de-Fonds gefangengehalten werden. Für jene, die vorübergehend da sind, übernimmt die Frau des Chef-Aufsehers die Verantwortung.

das Konzept Tip

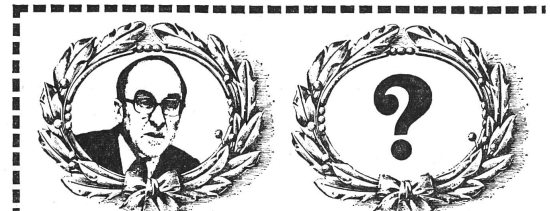
In dieser Spalte stellt die Redaktion lesenswerte Publikationen ausserhalb der kommerziellen Produktion vor.

Kettenkarussell

Ein Theaterstück aus dem Knast

Wir stellen in diesem Buch ein Theaterstück vor. Es handelt vom Stralvollzug, wie er jahrelang täglich erlebt wird. Es handelt auch davon, warum es Gefängnisse gibt. Wir - das sind Stralgefängene und Leute von «draussen» - haben dieses Stück im Knast geschrieben, weil wir von diesem Stralvollzug betroffen sind oder uns betroffen fühlen und weil wir gemeinsam über ihn nachdenken. Zusammenhänge begreifen und darüber berichten wollen. Die beteiligten Gefangenen haben ihr Stück im Gefängnis nicht aufführen dürfen. Es wurde von der Gefängnisleitung verboten.

Wir haben dem Theaterstück einige Aufsätze beigefügt, um die Umstände, unter denen das Werk entstanden ist, verständlich zu machen. Wir möchten, dass mit diesem Buch gearbeitet wird. Man kann das Stück spielen, ein Hörspiel daraus machen, einen Film... Es kann aber auch bloss ein Beispiel sein, wie man eigene Problematik und Erfahrungen Widersprüche begreifen, ausdrücken und vermitteln kann. Zu beziehen bei: Atlantis, Postfach 45, 3138 Utendorf, 9.60 Fr.



Er hat uns nicht abonniert

Und Sie?

«das Konzept», Jahresabonnement 16 Fr., Ausland 20 Fr. Für Schüler und Lehrlinge unter 20 Jahren 30% Rabatt (Ausweis kopie belegen). Aus technischen Gründen laufen die Abos stets bis Ende Jahr. Ich bestelle ein Abonnement «das Konzept» (Zutreffendes ankreuzen):
[] November 77 bis Dezember 78 (14 Monate) für 18 Fr. (Ausland 22 Fr.)
[] zum Schülerpreis von 12 Fr. (Ausweis kopie belegen)
[] Unterstützungsabonnement (doppelter Betrag)

Name, Vorname:
Adresse:
PLZ, Ort:
Datum:

Talon einstecken an: «das Konzept», Rämistr. 66, 8001 Zürich
Ich kann in Besitz dieser Nummer von «das Konzept» über einen Bekannten* als Probenummer* für den Kiosk* auf ein Inserat in nächstehend genannter Zeitung hin*. Die Nummer war aufgelegt oder wurde verteilt an folgendem Ort* (*Zutreffendes unterstreichen):
Schicken Sie bitte eine Gratisprobenummer an folgende(n) Bekannte(n):

Wir bieten Ihnen sofort eine gut bezahlte Stelle an. Temporär-Arbeit. Können Sie Maschine schreiben? Haben Sie Buchhaltungskennntnisse? Für Einsätze von einer oder mehreren Wochen. Besuchen Sie uns MILITÄRSTR. 36 - ZÜRICH - TEL. 242 59 50. MANPOWER 50 arbeite ich gern

Tourismus in die Entwicklungsländer: Weg aus der Sackgasse

«Die Ärmsten sind auch die Fröhlichsten»

Die Kritik am Tourismus in die dritte Welt häuft sich, ja sie ist schon bald Mode. Das ändert aber nichts am Umstand, dass diese Kritik nötig ist, denn der Tourismus verstärkt die ökonomische und kulturelle Unterentwicklung der Entwicklungsländer. Der folgende Artikel fasst die verschiedenen Punkte der Kritik am Tourismus zusammen und lässt auch die Problematik des Alternativtourismus nicht aus. Er versucht aber auch, Lösungswege aufzuzeigen.

Obwohl der Tourismus eine enorme Chance zur Völkerverständigung bieten könnte, wird das Gegenteil erreicht. Afrikaner oder Asiaten werden zu exotischen Objekten, die man bestaunt wie die Tiere im Reservat. Dazu kommt, dass sie entweder wie zu Kolonialzeiten als primitiv verachtet oder - heute ebenso häufig - als sexuell attraktiv, natürlich und fröhlich-romantisch verkürt werden. So heisst es in einem Kuoni-Prospekt 1977 über Brasilien: «Natürlich gibt es enorme soziale Un-



Übrigens haben auch die Leute der Entwicklungsländer Vorurteile gegenüber uns: Weil sie die Weissen nie als Arbeiter, sondern immer nur als Touristen sehen, meinen viele, Europa sei ein Schlaraffenland. Die Touristen hätten daher die Aufgabe, auch diese Vorurteile abzubauen zu helfen, um die gefährliche Idealisierung der Industrieländer durch die dritte Welt zu vermindern.

Das Auftreten der Touristen hat einen Demonstrationseffekt zur Folge; das heisst, die Einheimischen wollen die Touristen in der Kleidung und dem Verhalten nachahmen, was dazu führt, dass viele über ihre finanziellen und sozialen Möglichkeiten leben und daran scheitern. Diesen Effekt erzielen übrigens nicht nur die Luxus-, sondern auch die Trampertouristen. Die Prostitution und die Geschlechtskrankheiten werden in vielen Teilen der dritten Welt durch den Tourismus gefördert oder sind erst durch ihn eingeführt.

Die einheimische Kultur richtet sich auf weite Strecken nach den Bedürfnissen der Touristen und entfremdet sich so immer mehr von den kulturellen Bedürfnissen der Bevölkerung.

So werden zum Beispiel in Kenya die traditionellen Tänze vom Staat gefördert und aufpoliert, aber vor allem für touristische und folkloristische Zwecke und ohne Verwurzelung in den Dörfern. Dasselbe kann an einem schweizerischen Beispiel verdeutlicht werden: Die auf den Tourismus ausgerichtete Volksmusik spricht den Schweizer oft nicht an, während zum Beispiel die für die Schweizer Kultur wichtigen Bernerchansons touristisch uninteressant sind.

Der Landschafts- und Tierschutz wird oft mehr gepflegt als der Menschenschutz!

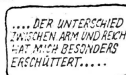
Politische Verhältnisse zementiert

Der Tourismus zementiert die politischen Verhältnisse eines Landes. Weil politische Umwälzungen den sofortigen Rückgang des Tourismus zur Folge haben, kann sich ein vom Tourismus abhängiges Land solche Umwälzungen nicht leisten. Dieser Zusammenhang bestätigt sich in einem Kuoni-Prospekt von 1976, wo es heisst: «Die Republik Zaire... und Ruanda sind heute politisch so stark gefestigt... Dadurch wird diese Entdeckungsreise ermöglicht.»

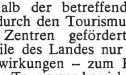
Auf den Seychellennähe im Indischen Ozean wurde im Juni 1977 die Regierung gestürzt und durch eine sozialistische ausgerichtete ersetzt. Die Folge: «Die den Massentourismus kontrollierenden ausländischen Gesellschaf-

ten werden jedoch jede schnelle Veränderung aufzuhalten versuchen, und die Regierung wird nur vereinzelt ihr Programm durchsetzen können» (Blätter des 13.W. Aug. 1977, S. 9). Und in Portugal nach der Revolution waren die Mittelklasshotels nur zu 30 bis 50 Prozent und die Luxushotels nur zu 20 Prozent ausgelastet (Frühling '76). Trotz diesen Fakten kann H. Ingold von der «Airtour Suisse» sagen - und er spricht dabei für viele - «Die Politik der Reiseveranstalter ist, sich nicht in die Politik der Gastländer einzumischen» (BaZ, 13. 8. 1977). Das ist schlicht naiv.

Die Bruttoeinnahmen eines Tourismuslandes sind oft beträchtlich. Die Nettodeviseneinnahmen sind aber sehr viel geringer (je nach Berechnungsart und Entwicklungsstand des Landes werden Zahlen zwischen 20 und 45 Prozent der Bruttoeinnahmen angegeben). Dies ist bedingt durch Importe für Touristen und für durch den Demonstrationseffekt beeinflusste Einheimische, durch Löhne für ausländische Hotelfachleute, durch speziell für den Tourismus erstellte Infrastruktur usw. Die Importe spielen dabei eine sehr unterschiedliche Rolle, je nach Entwicklungsstand des Landes. In Tunesien und Kenya werden etwa 20 Prozent des Hotelbedarfs eingeführt, in Westafrika 60 Prozent.



Innerhalb der betreffenden Länder werden durch den Tourismus meist nur gewisse Zentren gefördert, während weite Teile des Landes nur die negativen Auswirkungen - zum Beispiel die durch den Tourismus bewirkten Preiserhöhungen - zu spüren bekommen. Bei diesen Kritiken habe ich bewusst die sozialen und politischen vor den ökonomischen erwähnt, da wir den Tourismus so leicht zu stark von der ökonomischen Seite her beurteilen und die sozio-

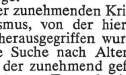


Was sind die Konsequenzen? Vor allem zwei Ansätze stehen sich gegenüber: Die einen fordern die Verstärkung des Tourismus in die dritte Welt, die anderen dessen Verminderung (im Extremfall bis zum Verbot). Damit konkretisiert sich am Tourismus die Diskussion über die zwei Möglichkeiten, das Verhältnis Entwicklungsländer-Industrieländer zu lösen, nämlich

1. durch Integration der dritten Welt in die Weltwirtschaft oder
2. durch Abkoppelung der dritten Welt von den Industrieländern (Vgl. D. Senghaas im «Konzept», 6/77.)
Integration heisst, dass die Entwicklungsländer sich in den Weltmarkt einzugliedern versuchen, indem sie zunehmend in die Industrieländer exportieren. Diese unterstützen diesen Ansatz, indem sie ihre Märkte vermehrt für die Produkte der Entwicklungsländer öffnen. Da Tourismus ja ein Exportprodukt ist, das sich von andern Exportprodukten nur dadurch unterscheidet, dass es im Herstellungsland konsumiert wird (die Touristen konsumieren die Angebote des Tourismus im Entwicklungsland selbst), müsste nach diesem Ansatz der Tourismus also verstärkt werden.

Die Abkoppelungstheorie (auch Dissoziation genannt), die vor allem von D. Senghaas vertreten wird, besagt, dass durch Integration die Abhängigkeit der dritten Welt von den Industrieländern nur verstärkt werde; die Ökonomen der Entwicklungsländer seien nämlich verkrüppelt (fehlende Verflechtung von Landwirtschaft und Industrie, unvollständige Wirtschaftskreisläufe, zuwenig Produktion von eigenen Produktionsmitteln usw.). Erst wenn diese Verkrüppelung beseitigt sei, seien die Entwicklungsländer gleichwertige Partner, und erst dann sei eine allfällige Integration sinnvoll.

Um eine Gesundung der Wirtschaft der dritten Welt zu erreichen, müssen sich diese vom Weltmarkt abkoppeln, bis sie eine gewisse eigenständige Entwicklung erreicht haben. Abkoppelung heisst dabei nicht autarke Entwicklung, sondern schliesst durchaus Handel mit andern Ländern ein, aber eben mit solchen mit ungefähr ähnlichem Entwicklungsniveau. Nach diesem Ansatz för-



nen Angebote, um die Importe zu vermindern und damit die Entwicklung des Landes zu fördern. Der Alternativtourist informiert sich vor der Reise intensiver über das Land und seine Probleme.

Eine ganze Reihe von Organisationen bietet nun solche Reisen an. Dazu ist folgendes zu sagen: Solche Angebote können einige Probleme wie die Vorurteile, die Importabhängigkeit, die Konzentration des Tourismus in wenigen Zentren usw. vermindern und sind insoweit sehr zu unterstützen. Elemente davon könnten und sollten auch in den Massentourismus aufgenommen werden. Andererseits ist zu sagen, dass viele der oben erwähnten Probleme auch mit dem Alternativtourismus nicht gelöst werden: Auch er ist angewiesen auf die «facilities», die Strukturen des Massentourismus (Flüge, Hotels). Auch er verbessert den Beschäftigungsgrad kaum, und der Demonstrationseffekt vergrössert sich zum Teil sogar, da Alternativtouristen auch mit Bevölkerungsteilen in Berührung kommen, die vom Massentouristen nicht erreicht werden. Umgekehrt kann der Demonstrationseffekt durch intensive Kontakte aber relativiert werden. Die Gefahr ist auch, dass beim Alternativtourismus nur die Mittel- und Oberschichten der Industrieländer mit den Mittel- und Oberschichten der Entwicklungsländer in Kontakt kommen (wie zum Beispiel gewissen Studentenaustauschorganisationen), da oft nur sie die nötigen Kommunikationsvoraussetzungen (Sprachkenntnisse) besitzen.

Bilanz negativ: Konsequenzen?

Die Bilanz ist also im ganzen gesehen negativ. Damit sollen nicht allfällige positive Einzelbegegnungen oder vereinzelte ökonomische Vorteile des Tourismus für die dritte Welt bestritten werden, aber die Gesamtwirkung muss als überwiegend negativ bezeichnet werden. Auch der Hinweis auf die positiven, de-

mir dieser Abkoppelungsansatz als Richtschnur richtig zu sein, auch wenn er kaum konsequent durchgeführt werden kann. Lösungen könnten also in folgender Richtung gehen:

- 1. Förderung des Binnentourismus in einem Entwicklungsland (wie es zum Beispiel Algerien tut) und des Tourismus zwischen den Entwicklungsländern, das heisst zwischen Ländergruppen mit vergleichbaren sozialen Strukturen, ähnlichen Entwicklungszielen und ähnlichem wirtschaftlichem Niveau. Damit könnte auch die Solidarität unter den Entwicklungsländern gefördert werden.
- 2. Verminderung des Tourismus von den Industrieländern in die dritte Welt, solange er unter den heutigen Bedingungen, das heisst Abhängigkeit der dritten Welt, geschieht.

3. Da der Ferntourismus nicht grundsätzlich, sondern nur in der heutigen Form abzulehnen ist, sind intensive vorbereitete und gezielt durchgeführte Begegnungen und Reisen durchaus zu unterstützen. Solcher Austausch könnte auch zwischen zwei Städten, zwei Schulen, zwei Universitäten oder zwei Parteien stattfinden, müsste aber auf Gegenseitigkeit beruhen, das heisst, die Partner aus der dritten Welt müssten auch zu uns reisen können. Solche Versuche wurden in Deutschland schon mit Erfolg durchgeführt.

4. Der Bund sollte im Rahmen seiner Entwicklungsleistungen Bemühungen zur Vertiefung der Punkte zwei und drei entsprechende Bestellungen bzw. Unterstützungen (zum Beispiel für entwicklungspolitisch verantwortbare Reiseleiterausbildung) vorsehen.

5. Die Entwicklungsländer könnten sich zu eigenen grösseren Reiseagenturen zusammenschliessen, um so eine stärkere Verhandlungsbasis gegenüber den westlichen Reiseemittlern zu haben.

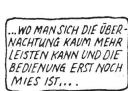
6. Die Reisebüros können die entwicklungspolitische Kritik am Massentourismus, die auch von Gremien wie der Uno, dem Dienst für technische Zusammenarbeit des Bundes und dem Bundesministerium für technische Zusammenarbeit in der BRD weitgehend unterstützt wird, nicht länger ignorieren! In der Reiseleiterausbildung, der vermehrten Benützung lokaler Ressourcen der Gastländer, der Information der Touristen u. a. müssen Verbesserungen gesucht werden. Der Alternativtourismus könnte dabei in verschiedenen Punkten auch für die «Grossen» wegweisend sein.

7. Die Reiseveranstalter müssen bereit sein, einen gewissen Verhaltenskodex zu akzeptieren, wie er auch für Multis anderer Branchen gefordert wird und zum Beispiel von der EWG für in Südafrika tätige Firmen kürzlich verabschiedet wurde.

der der Tourismus also die Verkrüppelung der Wirtschaft eines Entwicklungslandes: Er erfordert hohe Technologie (Flugzeuge, Luxushotels, Fernmeldesysteme), die lokalen Ressourcen werden oft nur wenig benützt, er verhindert oft die Produktion von Massenkonsumgütern und fördert die Luxusgüter, er ist oft nicht integriert in die übrige Entwicklung eines Landes, und der Dienstleistungssektor wird übermässig gefördert. Von der Abkoppelungstheorie her müsste daher gefolgert werden, dass der Tourismus zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern vermindert oder gar gestoppt, dafür der Binnentourismus in den Entwicklungsländern selber und der Tourismus zwischen den Entwicklungsländern gefördert werden müsste.

Konkrete Massnahmen

Von den oben skizzierten negativen Wirkungen des Tourismus her scheint



1. Förderung des Binnentourismus in einem Entwicklungsland (wie es zum Beispiel Algerien tut) und des Tourismus zwischen den Entwicklungsländern, das heisst zwischen Ländergruppen mit vergleichbaren sozialen Strukturen, ähnlichen Entwicklungszielen und ähnlichem wirtschaftlichem Niveau. Damit könnte auch die Solidarität unter den Entwicklungsländern gefördert werden.

2. Verminderung des Tourismus von den Industrieländern in die dritte Welt, solange er unter den heutigen Bedingungen, das heisst Abhängigkeit der dritten Welt, geschieht.

3. Da der Ferntourismus nicht grundsätzlich, sondern nur in der heutigen Form abzulehnen ist, sind intensive vorbereitete und gezielt durchgeführte Begegnungen und Reisen durchaus zu unterstützen. Solcher Austausch könnte auch zwischen zwei Städten, zwei Schulen, zwei Universitäten oder zwei Parteien stattfinden, müsste aber auf Gegenseitigkeit beruhen, das heisst, die Partner aus der dritten Welt müssten auch zu uns reisen können. Solche Versuche wurden in Deutschland schon mit Erfolg durchgeführt.

4. Der Bund sollte im Rahmen seiner Entwicklungsleistungen Bemühungen zur Vertiefung der Punkte zwei und drei entsprechende Bestellungen bzw. Unterstützungen (zum Beispiel für entwicklungspolitisch verantwortbare Reiseleiterausbildung) vorsehen.

5. Die Entwicklungsländer könnten sich zu eigenen grösseren Reiseagenturen zusammenschliessen, um so eine stärkere Verhandlungsbasis gegenüber den westlichen Reiseemittlern zu haben.

6. Die Reisebüros können die entwicklungspolitische Kritik am Massentourismus, die auch von Gremien wie der Uno, dem Dienst für technische Zusammenarbeit des Bundes und dem Bundesministerium für technische Zusammenarbeit in der BRD weitgehend unterstützt wird, nicht länger ignorieren! In der Reiseleiterausbildung, der vermehrten Benützung lokaler Ressourcen der Gastländer, der Information der Touristen u. a. müssen Verbesserungen gesucht werden. Der Alternativtourismus könnte dabei in verschiedenen Punkten auch für die «Grossen» wegweisend sein.

7. Die Reiseveranstalter müssen bereit sein, einen gewissen Verhaltenskodex zu akzeptieren, wie er auch für Multis anderer Branchen gefordert wird und zum Beispiel von der EWG für in Südafrika tätige Firmen kürzlich verabschiedet wurde.

8. Die Reiseveranstalter dürfen sich nicht hinter dem Mythos, der Kunde sei König und sie würden nur die Bedürfnisse der Kunden erfüllen, verstecken. Nicht der Kunde, sondern der Gastgeber im Gastland ist König, und die Reiseveranstalter haben die Pflicht, dessen Wünsche und Bedürfnisse dem Kunden mitzuteilen, auch wenn sie diesen einschränken.

9. Viele Reiseveranstalter und Reisende meinen, Soziales und Menschliches seien ebenso «machbar» wie Wirtschaftliches und Technisches. Aber Glück, Verstehen fremder Kulturen und menschliche Kontakte sind in vierzehn Tagen Ferien nicht machbar wie die Planung des Fluges oder der Unterkunft. Viele meinen auch, als Touristen könnten sie sich wie Könige über alle kulturellen sozialen und politischen Grenzen hinwegsetzen. Aber erst wo wir diese Grenzen des Gastlandes respektieren, erschliesst es sich uns in seiner Eigenart. So ist neben den strukturellen Veränderungen also auch eine neue Haltung des Touristen nötig. Diese ist aber nur möglich, wo wir unsere eigenen gesellschaftlichen Verhältnisse ändern, denn wo ein Mensch im Alltag, zum Beispiel bei der Arbeit, unterdrückt wird, er in den Ferien Herrscher und König sein. So wird der oft unmenschliche Tourismus zum Abbild unserer oft unmenschlichen Gesellschaft. Erst wo ein human-kommunikativer Alltag erlebt wird, wird auch die Freizeitgestaltung und damit der Tourismus human-kommunikativ.

Christoph Stückelberger, cand. theol., Assistent am Inst. für Sozialethik der Uni Zürich, ehemaliges Mitglied der Kommission für Entwicklungsfragen der Studentenschaft Zürich

...DOCH DER SANDSTRAND IST HIER AM SCHÖNSTEN!



Zeichnungen: R. Näf

Unser Briefkasten für Ahnungslose

Lieber Onkel Adolar!

Was soll denn die Aufregung, lieber Herr G. F. in U., wegen der bis 100 Kilo Blei, die sich jährlich pro Kilometer um die Autobahnen herum davon ablagern? Österreicheische Wissenschaftler konnten dies nachweisen und raten davon ab, die Umgebung stark befahrener Strassen landwirtschaftlich zu nutzen. Wieso denn? Rechnen Sie mal, wieviel Tonnen Erde, Wasser und Fels um so eine Autobahn nutzlos herumliegen. Was sind schon die paar Kilo Blei dagegen? Und wenn Sie davon Übergewicht bekommen sollten, so würde ich Ihnen ganz einfach zu einer Abmagerungskur raten!

Sie bezeichnen es als Skandal, lieber Herr B. L.-I. in C.-K., wenn im Kanton Zürich 50 Millionen keine Rappen Einkommen versteuern. Das ist es aber nicht. Dieser Sachverhalt bestätigt bloss, dass es auch den Millionen nicht immer gutgeht! Oder - was auch möglich ist - dass bei uns eben auch arme Leute Millionäre werden können!

Abonnement 10 Nummern / Jahr Fr. 14.- Probennummern gratis SOZIALE MEDIZIN Magazin der Schweizerischen Gesellschaft für ein soziales Gesundheitswesen SGSG - Krankenpflege - Kranke Pflege? - Behindert - verhindert - Quartierpolikliniken - Altern in Bologna - Medizin in China und CUBA - Pillenschlucken - Geldverdienen - Argumente für die Fristenlösung - stellentlose Assistenten Bestellungen SOZIALE MEDIZIN Magazin der SGSG Postfach 2105 4000 Basel 1

Wir haben den Studentischen Reisendienst SSR um eine Stellungnahme zu diesem Fragenkomplex angefragt: in der nächsten Nummer wird deshalb ein Beitrag zu diesem Thema aus der Sicht - und auch aus Erfahrung - eines «alternativen» Reiseunternehmens folgen. Dabei werden insbesondere auch die konkreten Erfahrungen von Reiseleitern zur Sprache kommen.

Tendenzwende in der Bildungspolitik

«Vorwärts, Kameraden, wir müssen zurück»

Durch eine Rezension in der «Neuen Zürcher Zeitung», verfasst vom in den einschlägigen Kreisen nicht unbekanntem Uni-Berichterstatler dieses Blattes, C. W., wurde ich auf das nicht ganz 90 Seiten dicke Büchlein «Wider die kranke Reform: Ordnungspolitik für Bildungswesen und Arbeitsmarkt» aufmerksam. Bei den von C. W. als «positive konkrete Züge» konstatierten Merkmalen zog einmal der im gepflegten «NZZ»-Stil kursiv gesetzte Begriff «marktrationales Steuerungssystem» mein Interesse auf sich, zum andern aber, dass dem einen der beiden Autoren neben einer nicht allzu harschen Kritik zugleich gelobt wird, er «verteidigt(-) ... immerhin ein freihetliches Bildungsideal nicht nur gegen die manipulatorisch fixierte Zielsetzung (Hervorhebung diesmal durch T. H.), sondern faktisch auch im Widerspruch zum ökonomisch-statistischen Ansatz».

Rigorer Sozialabbau

diese ideologischen Versatzstücke lassen in der Tat aufhorchen. Es sind die gleichen, die aus dem reaktionären Winkel heraus heute für ein rigores System des Sozialabbaus vorgebracht werden. Anstelle des «überbordenden Staatsapparates sollen wieder vermehrt «Eigenverantwortung» und «Marktmechanismen» zum Zuge kommen.

Ich gehe zu: Bei der Lektüre des Büchleins wurden meine sämtlichen Vorurteile bestätigt. Dieses Buch kann nicht nur als «reaktionär verschrien» (so C. W. in der «NZZ») werden, es ist von Grund auf reaktionär. Man könnte es somit ruhig zur Seite legen und sich sagen: «Die Hunde bellen, aber die Karawane zieht weiter.» Eine Frage drängt sich dem an einer fortschrittlichen und demokratischen Ausgestaltung des Bildungswesens Interessierten dennoch auf: Was ist der aktuelle gesellschaftliche Hintergrund dafür, dass solche totgeborenen Ansichten frisch-fröhlich Urstand feiern? Hat dies etwas mit dem Verlauf der sogenannten Bildungsreform zu tun? Oder besteht gar ein Zusammenhang mit weit über den engeren Bildungsbereich hinausgehenden Entwicklungen in unserer Gesellschaft? Schliesslich wären auch die an einer reaktionären Wende interessierten oder interessierbaren Kräfte zu erörtern.

Doch zuerst zum Inhalt des Buches. Im ersten, von Hegelheimer, einem Professor für Bildungsökonomie und Bildungsplanung an der Universität Bielefeld, verfassten Teil, auf den wir hier eingehen, wird grundsätzlich an der «Entkopplung» von Bildungs- und Beschäftigungssystem Kritik geübt. «Diese Konzeption beruht auf der strikten Forderung, dass das Bildungs- und Beschäftigungssystem prinzipiell und bewusst entkoppelt und eine Orientierung der Bildungspolitik am Beschäftigungssystem und seinen Strukturen grundsätzlich nicht vorgenommen werden sollte.» (S. 11) Diese Entkopplung kann verschieden begründet werden. Grundlegend dafür ist aber die Anerkennung eines über die am Arbeitsplatz geforderten Qualifizierungen hinausgehenden Wertes von Bildung. Ebenfalls wurde darauf hingewiesen, dass überhaupt keine Methode existiert, die den effektiven Bedarf an bestimmten Qualifikationen, berechnet über die ganze Zeit der Arbeitsfähigkeit des zu Qualifizierenden, festzustellen; dass deshalb schon die Zielsetzung nicht aus dem «Beschäftigungssystem» abgeleitet werden kann. Nach Hegelheimer ist aber gerade in dieser Entkopplung der eigentliche Grund für die Krise im Bildungswesen zu suchen. Der Numerus clausus ist

gemäss seinen Ausführungen kein Problem der Universitätspolitik, sondern ein Problem der Arbeitsmarktpolitik. (S. 17), denn man könne eine «Entakademisierung» sowohl in der Staatsverwaltung als auch in der Wirtschaft feststellen. Einerseits auferlegt die «fortgeschrittene Staatsverschuldung» dem Staat «zunehmend Zurückhaltung» bei der weiteren Absorption von Hochschulabsolventen. Andererseits schaffen die niedrigen wirtschaftlichen Wachstumsraten via gebremste Investitionstätigkeit (verursacht durch «harte Verteilungskämpfe»). Man sieht, die Gewerkschaften tragen auch einen Teil der Schuld an der drohenden Akademikerarbeitslosigkeit. Es passt alles zueinander) zunehmend Probleme bei der Absorption von Akademikern in der «Wirtschaft». Der NC verschleierte mit ihm lediglich das Arbeitsmarktproblem.

Die von Hegelheimer gewünschte «Koppelung» des Ausbildungssystems an das Beschäftigungssystem entpuppt sich als Koppelung der Ausbildungschancen an die kapitalistische Krisenpolitik. Der Bedarf an Akademikern wird nicht auf Grund von Schätzungen bestimmt, die sich an den gesellschaftlichen Bedürfnissen orientieren, sondern die Planung der kurzfristigen Profitinteressen der Grosskonzerne in die Zukunft projizieren. Dass zum Beispiel die grossen ökologischen Probleme nur durch einen vergrösserten Input von wissenschaftlicher Arbeit ge-

VSS
Verband der Schweizerischen Studierendenschaften
Erlachstrasse 9
3012 Bern
Tel. (031) 23 28 18

Vorstand: David Gerber, Urs Häsli, Thomas Heilmann

löst werden können oder dass die Erhöhung der Arbeitsproduktivität eine Funktion der Produktivkraft Wissenschaft ist, um so mehr, wenn hier Fortschritte nicht zu Lasten einer intensiveren Ausbeutung der Arbeitskraft erzielt werden sollen, wird von Hegelheimer gar nicht diskutiert. Für ihn sind nur die aktuelle Höhe der Staatsverschuldung und die Finanzierungsmöglichkeiten der privatwirtschaftlichen Monopole als Determinanten bildungspolitischer Konzepte zugelassen.

Bildung mit Krisenpolitik gekoppelt

So gesehen ist es nun reiner Zynismus, wenn Hegelheimer gegen das Postulat der Chancengleichheit vom Leder zieht. Er nimmt, was auch hierzulande gerade bei den reaktionären Kreisen immer mehr in Mode kommt, die weniger Qualifizierten gegen die höher Qualifizierten in Schutz. Eine Überschuss an Akademikern verdränge Nicht-Hochschulabsolventen aus beruflichen Stellungen, die sie früher hätten einnehmen können. Das Postulat der Chancengleichheit erweist sich so als letztlich höchst unsozial. Im weitern sei zu bedenken, dass die älteren Jahrgänge nicht die Möglichkeit hätten sich besser zu qualifizieren. Somit ergebe sich auch eine «Ungleichheit der Geburt» (!). Aber alle Tränen, die für die benachteiligten Lehrlinge vergossen werden, sind reine Heuchelei, wenn handkehrum wieder betont wird, die Wirtschaft brauche eben nicht so viele Akademiker, sie brauche vielmehr Facharbeiter, und wenn gleichzeitig der Akademikern vorgeworfen wird, sie trieben die Lohnkosten in die Höhe. Das Mitgefühl mit dem Portfeuille der notleidenden Unternehmer ist doch noch etwas ausgeprägter als das

jenige mit den «einfachen Berufleuten». Die sind ja so beliebt, weil sie weniger verdienen. Würden hingegen die Facharbeiterlöhne auf das Niveau der Akademikerlöhne gehoben, und zwar zu Lasten der Unternehmer, so würden solche Klagen rasch verstummen.

In der Schweiz macht sich heute der FDP-Nationalrat und Gewerbeboss Otto Fischer für die Berufsausbildung stark. Er droht mit einem Referendum gegen das heilige nicht fortschrittliche, sondern reaktionäre, und Forschungsgesetz (HFG), wenn die Gewerkschaften die Frechheit haben sollten, das Referendum gegen das neue Berufsbildungsgesetz zu ergreifen. Bekanntlich ist das Berufsbildungsgesetz gerade wegen der Zementierung des aktuellen Systems der Meisterlehre von dieser Seite (zu Recht) unter Beschuss geraten. Es enthält zum Glück nicht einer gewissen Ironie, wenn gerade die Gewerkschaften, die das grösste Interesse haben, dass in der Lehrlingsausbildung alles beim alten bleibt, sich nun als die Verteidiger der Lehrlingsinteressen gegen die Akademikerlobby auspielen. Aber wir werden in den kommenden Monaten noch genügend Gelegenheit haben, das bildungspolitische Schmierstück mitzuverfolgen.

Referendumsandrohung

Selbstverständlich verteidigen Hegelheimer und Konsorten nicht nur die Lehrlinge, sondern sie schlagen sich auch für die Arbeitslosen in die Schanze. Ihre Logik ist fresspöcklich: Durch einen grösseren Anteil an Akademikern an der Gesamtzahl der Berufstätigen steigen die gesamtwirtschaftlichen Lohnkosten, da die Akademiker durchschnittlich doppelt soviel verdienen wie die andern. Das hat einerseits eine Verschlechterung der Exportchancen zur Folge, da man kostenmässig auf dem Weltmarkt nicht mithalten kann. Weit vor allem an den niedrigen Lohnkosten interessiert ist), und andererseits saugen die Akademiker einen stets wachsenden Teil des Lohnfonds der Gesellschaft auf, so dass man weniger andere beschäftigen kann. «In einer Phase der Wachstumsschwäche und eines längerfristigen Sockels an struktureller Unterbeschäftigung wird somit auch infolge des überproportionalen Anteils der Akademiker an der BruttoLohn- und -gehaltssumme ein kumulativer Prozess nach unten am Arbeitsmarkt ausgelöst.» (S. 22). Unter gültiger Mit-hilfe volkroökonomischer Phrasen (Lohnfondstheorie) kann somit das Unternehmertum ekulpiert werden von Krise und Arbeitslosigkeit. Die Schuld liegt bei den fortschrittlichen Bildungspolitikern, die mit der «Demagogie» von der Chancengleichheit die guten und frommen Arbeitsleute dazu verführt haben, mehr zu wollen, als ihnen zusteht. Und wie in der erbaulichen Kalendergeschichte werden sie dafür bestraft, und zwar mit Arbeitslosigkeit. Nicht mehr zu übersehen ist heute das drückende Bild der Bundesrepublik Deutschland wie auch in der Schweiz in den kommenden Jahren ein beträchtlicher Mangel an Lehrstellen auftreten wird. Wer nun glaubt, dass Hegelheimer deshalb eine staatliche Förderung der Lehrlingsausbildung befürwortet, sieht sich getäuscht. Prämien für die Schaffung oder Beibehaltung von Lehrstellen bezogen auf die entsprechenden Strukturwandel, die längerfristig den Staat wegen erhöhter Umschulungskosten nur noch mehr belasten würden. Auch das Lehrstellenangebot soll den Marktkräften überlassen werden. So ist es ja unter den heutigen Umständen auch am billigsten.

Unternehmen sollen das Sagen haben

Nachdem Hegelheimer den grossen Schaden, den eine emanzipatorische Bildungspolitik herbeiführen hat, drastisch vor Augen geführt hat, ruft er zu «Umdenken» auf. Denn «der Glaube an die Automatismen der Bildungsexpansion von Gymnasien und Hochschulen für Chancengleichheit und Emanzipation hat sich nicht nur als Illusion erwiesen. Dieser Glaube scheint die Probleme sogar eher noch verschärfert zu haben, weil wie der Freiheitsträger die systematische Zeit - die Strukturen eher noch zementiert und die Ungleichheit eher noch verstärkt bzw. durch neue Formen der Ungleichheit, etwa der «Ungleichheit durch Geburt» als Folge der mit der Expansion verbundenen beschleunigten Senkung des Durchschnittsalters akademischer Arbeitskräfte, angehängt worden ist. ... Daher erweist sich die bildungspolitische Avantgarde auch zunehmend als arbeitsmarktpolitische Nachhut.» (S. 34) Die Mittel, diesem krisenhaften Zustand Abhilfe zu schaffen, sieht Hegelheimer vor allem in einer Erhöhung der «Umstellungselastizität» der Arbeitskräfte, in einer Verkürzung der Studiendauer (da eine lange Studiendauer zu hohe Erwartungen schafft) und in einer Umverteilung der Bildungsbudgets, die nach seiner Ansicht nicht mehr erhöht werden können. Seine Vorschläge kulminieren in der Feststellung, «dass in Politik, Planung und institutionalisierter Forschung die Tabuisierung der Bedarfserforschung in Zukunft unwiderruflich der Vergangenheit angehört(e) muss. Das setzt jedoch vermehrte Informationen der betrieblichen Personalplanung voraus, wenn Bildungspolitik und Beschäftigungsstruktur einander wieder stärker angehängt werden sollen» (S. 38).

Im Klartext: Die Unternehmer sagen, welche Qualifikationsstruktur für sie kurzfristig nötig ist. Diese wird im Bildungssystem produziert. Längerfristig aber müssen die Arbeitskräfte flexibel sein.

Hegelheimers Vorschlag beinhaltet eine vollständige Entdemokratisierung der Bildungspolitik, eine vollständige Unterwerfung des Bildungssystems unter die Profitinteressen der Unternehmer.

Sämtliche Faktoren des Bildungssystems sind bei Hegelheimer grundsätzlich als variabel und dem Markt überlassen. Die Unterwerfung der kapitalistischen Wirtschaft und dem Bil-

Die Misere der höheren Bildung

Staatsgefährliches Potential von Gebildeten



Die Namen ändern, die Ideen bleiben dieselben

A. Gilgen, Bismarck, H. Hürimann

Ein Hauptübel unseres höheren Schulwesens liegt in der überzahl gelehrter Schulen und in der künstlichen Verteilung zum Besuch derselben, welche unsere Einrichtungen über, so dass wir gelehrte junge Männer weit über den Bedarf und über die Möglichkeit ihrer entsprechenden Unterbringung hinaus züchten.

Unsere höheren Schulen werden von zu vielen jungen Leuten besucht, welche weder durch Begabung noch durch die Vergangenheit ihrer Eltern auf einen gelehrten Beruf hingewiesen werden ...

Die Folge ist die Überfüllung aller gelehrten Fächer und die Züchtung eines staatsgefährlichen Proletariats Gebildeter. An diese schliesst sich die Halbbildung an, welche Ergebnis der zu hohen Anforderungen an die Volksschulen ist. Sie verleiht den Kindern den Beruf ihrer Väter, gründet in ihnen das Streben nach Zielen, welche sie nicht erreichen, und also die Unzufriedenheit. So mehr sich jährlich die Zahl von Leuten, welche infolge ihrer Erziehung Ansprüche an das Leben zu haben glauben, die sie nicht erfüllen, und entstehen bei uns - mutatis mutandis - ähnliche Zustände, wie die, aus denen in Russland der Nihilismus erwachsen ist.

Um dem vorzubeugen, würde es sich in erster Linie empfehlen, die Zahl der gelehrten Schulen und deren Lehrstellen zu beschränken, soweit es gesetzlich zulässig ist, ebenfalls deren Vermehrung zu untersagen. Die Stipendien auf Universitäten und gelehrten Schulen sollten an eine geringe Zahl von Schülern und Studierenden, an diese aber reichlicher als bisher, verteilt und die Stundungen von Kollegienhonoraren ausserhalb der theologischen Fakultäten verboten werden, damit diese in wohlthätiger Absicht geschaffenen Einrichtungen nicht den Erfolg haben, zu leichtsinnigem Studieren zu verleiten und dem Staate unzufriedene Bürger zu erzeugen.

Eine Erhöhung des Schulgeldes auf den Gymnasien und der Studiengelder auf den Universitäten würde sich für nützlich halten, und erlaube mir in dieser Beziehung auf das Beispiel Englands alleruntertänigst hinzuweisen, wo der Besuch der höheren Schulen - wie Eton und Harrow, sowie der Universitäten nicht unbedeutliche Mittel voraussetzt. Ich halte dies insofern für einen Vorteil, als dadurch Elemente ferngehalten werden, welche später nicht imstande sind, den durch ihren Bildungsgrad bedingten Zuschnitt ihres Lebens materiell durchzuführen, also der Unzufriedenheit verfallen. Hand in Hand mit der Einschränkung der gelehrten, auf Erziehung von Bewerbern um Gehälter und Honorare berechneten Schulen wird die Vermehrung der gewerblichen und der Fachschulen anzustreben und durch ihre Hebung den Vorurteilen gegen eine Beschäftigung im Handel, in der Industrie und im Gewerbe, als einer minder vornehmen, entgegenzuarbeiten sein.

Das Streben, den Unterricht mehr auf das Wissen als auf das Können zu richten, macht sich schon bei der Volksschule in nachteiliger Weise

geltend. Auch hier besteht die Neigung, den Lehrstoff auszudehnen, und die Anforderungen über das dem gesetzlich obligatorischen Elementarunterricht gesteckte Ziel fortzuschreitend immer weiter hinaufzuschrauben. Die Folge hiervon ist, dass die Schüler, anstatt durch die Schule für das praktische Leben brauchbar gemacht zu werden, den Aufgaben desselben und den Verhältnissen, in welchen sie und ihre Eltern leben, entfremdet werden. Schon jetzt mehr sich die Zahl derer, die aus der Schule die Überzeugung ins Leben nehmen, sie seien für gewöhnliche Arbeit, wie ihre Eltern sie verrichten, zu gut, weil sie mehr gelernt haben. Namentlich die intelligenteren unter den Kindern unterliegen vermöge ihrer Schulerfolge und Eindrücke der Gefahr des unbegrenzten Strebens über die Sphäre der Eltern hinaus und der Unzufriedenheit im Falle des Misslingens. Auf dem Lande ist schon jetzt ein Überfluss von solchen Arbeitern, welche, im Bewusstsein besserer Schulbildung, nicht mehr selbst arbeiten, sondern nur die Arbeit anderer beaufsichtigen wollen, dagegen ein Mangel an Leuten, welche selbst arbeiten können sind. Eine verschärfte Wirkung in dieser Richtung übt in neuester Zeit im weiblichen Teile der Bevölkerung der Unterricht der Mädchen in den ländlichen Volksschulen mit feineren Näh- und Stickarbeiten, für die auf dem Lande keine Nachfrage ist. Dasselbe verleiht die Schülerinnen, in der Überschätzung ihrer Leistungsfähigkeit und ihrer Ansprüche, welche sie dem Vergleich mit ihren Eltern entnehmen, in die Städte zu ziehen, um Näherinnen zu werden, und dort verfallen sie, bei der Überfüllung des Berufs, unsicheren Schicksalen.

Wer das wohl geschrieben haben mag? Bildungsminister Hürimann? Der Zürcher Erziehungsdirektor A. Gilgen? Oder der Solothurner Erziehungsdirektor Wyser? Oder die «fortschrittliche» Organisation GHF, Gesellschaft für Hochschule und Forschung? - Könnte sein, und hier liegt denn auch die Brisanz dieser Analyse und der Vorschläge zur Behebung der Not. Sie entsprechen der heutigen Tendenz, ja sogar heutigen Äusserungen; sie sind aber schon sehr alt, 87 Jahre. Zugang zur Hochschule erschweren, Stipendien kürzen, Elitebildung usw., das kennen wir sehr gut. Aber wozu soll das Ganze inszeniert werden? Hier spricht der Text deutlich, wie es heutzutage nicht geschieht. Es ist die Angst, die hier mahnt und rät, schlag, Angst vor unzufriedenen Bürgern. 87 Jahre, welche Arbeiten verrichten müssen, die ihren Können und Wissen nicht entsprechen, sind frustriert. Sie könnten aufhören, sich zu ducken.

Es ist aber ebenso die Huldigung der modernen Industriearbeit: Was diese braucht, sind willige Arbeiter ohne Ambitionen. Leute, die schaffen, nicht bloss gaffen. Der Staat hat dafür zu sorgen, will er sich nicht mit der Industrie überwerfen, und das will er nicht. Ja, also wer hat den Text geschrieben?

Reichskanzler Bismarck an Seine Majestät, den Kaiser und König Wilhelm II.

finger zeig

In dieser Rubrik präsentiert, kommentiert und kritisiert «das Konzept» verschiedene Bücher für seine Leser.

Studentengewerkschaften in Frankreich

René Maurice, L'UNEF ou le pari étudiant, éditions sociales, Paris 1977

(th) In der Form eines Interviews mit dem ehemaligen Präsidenten der UNEF (Union National des Etudiants de France) legen die «éditions sociales» eine Analyse des französischen Studentenverbandes vor. Maurice setzt sich vor allem mit drei Themenkreisen auseinander: der Lage der Hochschulbildung in Frankreich, den Erfahrungen der Kämpfe im Frühjahr/Sommer 1976 gegen die Verkürzung der Studien und die Entwertung der Examen (Kampf gegen die Reform des «second cycle») und schliesslich mit dem Charakter der UNEF als einer Studentengewerkschaft. Über die soziale Lage der französischen Studenten berichtet «das Konzept» in Nr. 7/1977 im Zusammenhang mit weiteren Fragen

der französischen Hochschul- und Studentenpolitik. Es sei hier deshalb nur darauf hingewiesen, dass die in Frankreich zu konstatierenden Entwicklungstendenzen, das Verhältnis zwischen kapitalistischer Wirtschaft und Universität, die Auswirkungen der sogenannten Sparpolitik der Regierung, dass all dies - mutatis mutandis - auch seine Bedeutung für die Schweiz hat. Wir haben es oder werden es in Zukunft mit ähnlichen Problemen zu tun haben.

Was aber das Buch für uns besonders interessant macht, sind die Ausführungen zum «syndicalisme étudiant», also zur Frage der Studentengewerkschaft. Frankreich kennt nicht wie die Schweiz die Zwangskörperschaften für die Studenten. Schon von jeher organisierten sich Frankreichs Studenten in völliger Autonomie ohne jede Regierungsaufsicht. Das ist ein wesentlicher Unterschied zu unserer Situation. Aber in Anbetracht der ständigen Angriffe auf die Studentenschaften, die immer stärkeren obrigkeitlichen Übergriffe usw. steht heute bekanntlich vor der organisierten schweizerischen Studentenschaft die Aufgabe, neue, für die Verteidigung der Interessen der Studierenden, aber auch für den Kampf um eine Demokratisierung der Universität effiziente Strukturen zu schaffen. Für diese Diskussion scheint mir die Erfahrung der UNEF einige Argumente beizubringen. Gewiss, es kann nicht darum gehen, die französische Erfahrung einfach zu kopieren. Aber es erweist sich dennoch, dass es zur Zwangskörperschaft Alternativen gibt; dass «interlocuteur valable» gegenüber Behörden usw. zu sein nicht allein an die bisherige obligatorische Mitgliedschaft gebunden sein muss. Das kann für uns aber auch heissen, dass wir nicht jeden Preis für die Erhaltung der Zwangskörperschaften zu bezahlen haben. Das ist das wichtigste Ergebnis der Lektüre dieses Büchleins.

und die Gewinnhöhe entscheiden zu müssen, abgenommen werden sollte!

Nur, wenn überrascht es eigentlich, dass Kapitalinteressen den emanzipatorischen Interessen entgegenstehen? Hätte dieser Gedanke denjenigen, die allein via Bildungssystem die Emanzipation des Menschen vorantreiben wollen, nicht schon längst kommen müssen? Würde es vielleicht nicht ergiebiger gewesen, die fortschrittliche Bildungspolitik in den Rahmen einer gegen das kapitalistische System gerichteten Gesamtstrategie einzubetten? Heute macht es leider den Eindruck, als habe sich die reformistische Bildungspolitik als Stückwerkpolitik selbst verurteilt. Hegelheimer und Co. sind nur die Exekutoren.

Thomas Heilmann

Die Entwicklung im schweizerischen Hochschulwesen

Katz und Maus mit der Uni Luzern

1727 Studierende der schweizerischen Hochschulen stammten im Wintersemester 1976/77 aus dem Kanton Luzern. Zählt man die übrigen Zentralschweizer Kantone noch dazu, so sind es 3000 (exkl. ETH-Studenten). Die Kosten für ihre Ausbildung wurden bisher weitgehend von den Hochschulkantonen getragen. Seit

15 Jahren bemüht sich der Kanton Luzern, eine entsprechende Gegenleistung in Form einer eigenen Universität zu vollbringen. Wie das Zentralschweizer Universitätsprojekt aussieht, wie es getragen und finanziert werden soll, schildert der nachstehende Beitrag.

Die Redaktion

Bevor näher auf die konkreten einzelnen Aspekte und Randbedingungen der projektierten Zentralschweizer Universität Luzern eingegangen wird, scheint es sinnvoll, einen Blick auf die Entwicklung des schweizerischen Hochschulwesens zu werfen. Einige Zahlen, die illustrierenden Charakter haben und nur eine Tendenz andeuten, und einige Jahresdaten relativer vielleicht die Vorstellung über eigenössische und kantonale bildungspolitische Einrichtungen. (Es wird jedoch nicht auf die Hintergründe eingegangen.)

Die Anzahl der Studierenden an den schweizerischen Hochschulen stieg von rund 21 000 (WS 60/61) auf rund 50 000 (WS 75/76). Erst 1973 aber erschien erstmals eine eigenössische Studentenzahl mit brauchbaren Zahlen, wobei man wiederum erst seit jenem Jahr daran ist, diese Statistik in ein vollständiges Hochschulinformationssystem zu integrieren. Die Schweizerische Hochschulkonferenz (SHK), ihrem Wesen nach ein Organ mit koordinierender Funktion, besteht seit 1969, der Schweizerische Wissenschaftsrat (SWR), das Beratungsorgan des Bundesrates, seit 1964. Der Bund leistete 1967 rund 100 Mio. Franken an die Hochschulen (ohne Forschung). 1975 waren es 500 Mio. 1969 trat das Hochschulförderungsgesetz (HFG) in Kraft. Heute, im Herbst 1977, berät das Bundesparlament über ein zweites Hochschulförderungsgesetz, das mehr Leistungen verspricht, gegen das aber möglicherweise das Referendum ergriffen werden wird. 1975 wurde vom Schweizer Volk der Bildungsartikel verworfen, der dem Bund mehr gesetzliche Grundlagen verschafft hätte, um auf dem Hochschulsektor mitzubestimmen.

In diese regen Zeiten fielen nun auch die Vorschläge von Hochschuleingründungen, so nebst Luzern noch im Aargau (im September 1977 empfahlen die SHK und der SWR den Aargauern, ihr Projekt auf Eis zu legen!), im Tessin, in Solothurn und in St. Gallen (Medizinische Akademie).

Das Luzerner Projekt steht nach 15jähriger (!) Planungszeit vor allen Neugründungen der Realisierung am nächsten (vgl. Kästchen «Entstehungsgeschichte»). Im Oktober 1977 findet die erste Lesung im Parlament statt. Nach einer zweiten Lesung könnte dann die Volksabstimmung im nächsten Spätsommer stattfinden.

Das Universitätskonzept

Wie die bestehenden Hochschulen hat die Zentralschweizer Universität Luzern drei Hauptaufgaben, nämlich Studenten auszubilden, Forschung zu betreiben und spezielle Dienstleistungen für Staat, Wirtschaft und Öffentlichkeit zu vollbringen.

Sie tut das für die folgenden Wissenssachsbereiche: Philosophie/Sprache/Literatur/Geschichte, Psychologie/Pädagogik, Mathematik/Naturwissenschaften, Rechts-, Wirtschafts- und Staatswissenschaften, Theologie.

Der wissenschaftliche Betrieb vollzieht sich in drei Organisationseinheiten:

- Fachbereiche
 - Fakultäten
 - Zentren
- Die Fakultäten entsprechen den fünf obengenannten Wissenschaftsbereichen. Die Fachbereiche sind zu vergleichen mit Instituten und Seminaren an den



bestehenden Hochschulen. Ihre Funktion ist die grundlegende Vermittlung des Fachwissens.

Zentren

Hier begegnet man einer wenig bis gar nicht verbreiteten Organisationsform an den schweizerischen Hochschulen. Dazu ein Auszug aus der Botschaft zum Berufsbild des Akademikers: «Der wachsende Einsatz von Akademikern in Führungs-, Forschungs-, Produktions- und Verwaltungsbereichen von Wirtschaft und Staat hat dazu geführt, dass der klassische Typ des selbstständig arbeitenden freien Wissenschaftlers immer seltener, der wissenschaftliche Mitarbeiter immer häufiger wird. Wir meinen damit den universitär geschulten Angestellten, der wissenschaftliche Erkenntnisse und Methoden zur Lösung praktischer Aufgaben anwendet. ... Es ist unablässig mit neuen Informationen und Erkenntnissen – auch aus andern Sachbereichen – ausgetauscht und im Rahmen des konjunkturellen oder strukturellen Wandels vielseitiger einsetzbar ist. ... Zunehmendes Gewicht erhält die Zusammenarbeit der einzelnen Fachwissenschaften untereinander, da immer mehr Fragestellungen in der Forschung, im besonderen aber auch die Vorbereitung für die Berufstätigkeit, den Rahmen einer einzelnen Disziplin sprengen. Die Zentralschweizer Hochschule hat dieser Entwicklung bei der Festlegung ihrer Organisation und bei der Auswahl ihrer Ausbildungs- und Forschungsziele Rechnung zu tragen.»

Folgende Schwerpunkte (Zentren) wird sich die Luzerner Hochschule im besonderen annehmen und darin spezielle Dienstleistungen erbringen: öffentliche Aufgaben, Lehrerbildung, naturwissenschaftliche Berufe (Ökologie/Umweltwissenschaften), seelsorgerische Berufe. Diese schwerpunktmässigen Ausbildungs- und Forschungsthemen sind zeitlich nicht festgelegt und können auch je nach aktuellen Bedürfnissen ergänzt werden. Hier muss unterstrichen werden, dass die Zentralschweizer Universität auch gesamtschweizerisch einen qualitativ wichtigen Beitrag liefert, zum Beispiel in der Lehrerbildung, wo es nicht darum geht, noch viel mehr Lehrer auszubilden, sondern eine bessere Ausbildung für Lehrer der Orientierungsstufe, Mittelschulen, Lehrerseminaren, Berufsbildungsschulen und Fachschulen in enger Zusammenarbeit mit den bestehenden regionalen Institutionen der Lehrerbildung, und der Lehrerfortbildung zu gewährleisten.

Zwei weitere Merkmale des Universitätskonzepts bilden die Förderung der wissenschaftlichen Fortbildung Berufstätiger und die Beteiligung an der Erwachsenenbildung. Hier tritt ein Aspekt auf, der ebenfalls im schweizerischen Hochschulwesen nur ganz ansatzweise realisiert (Genf) bzw. geplant ist, und einmal mehr in Gefahr steht, wegen der quantitativen Probleme des Hochschulwesens (Mangel an Studienplätzen, fehlende finanzielle Mittel) als Forderung der Bildungsreform nicht umgesetzt zu werden. Es handelt sich um die Öffnung der Hochschule («Offene Universität»), die mitunter ein Beitrag und Anfang ist, mehr Durchlässigkeit ins Bildungswesen, insbesondere des tertiären Sektors, zu bringen. Da Luzern eine Neugründung ist, müssten solche Innovationen verwirklicht werden. Der Universitätsrat wird diesbezüglich eine ganz gewichtige Rolle haben. Es versteht sich, dass daher auch dessen personelle Zusammensetzung von grosser Wichtigkeit ist (Berufungsprobleme usw.).

Die Kosten der Universität

Investitionsausgaben
Bereitstellung von Provisorien (für 1979–81) 6–7 Mio. Fr.
Neubauten (für 1981–85) 140 Mio. Fr.
Reserven für Unvorhergesehenes, Aufbau der Bibliothek usw. 10–13 Mio. Fr.
Total (Preisstand April 1977) 156–160 Mio. Fr.

Entstehungsgeschichte

- 1962 Motion Willi (Anstoss zu den Luzerner Hochschulplänen)
- 1969 Bericht der Hochschulplanung Luzern
- Dekret des Grossen Rates, die Vorarbeiten der Hochschulgründung fortzusetzen
- 1972 Anerkennung als betriebsberechtigte Hochschule durch den Bund
- 1974 Erste Hochschulvorlage («Projekt 73»). In erster Lesung vom Kantonsparlament gutgeheissen
- 1975 Rückzug der Vorlage (wegen wachsender Unsicherheit über die wirtschaftliche Entwicklung und die Ungewissheit über die künftigen Bundesleistungen im Hochschulwesen)
- 1977 Juni: Zweite Hochschulvorlage
Oktober: 1. Lesung im Kantonsparlament
Voranschlag Januar/Februar: 2. Lesung
- 1978 Spätsommer: Volksabstimmung
- 1980 Stufenweiser Beginn des Studienbetriebs mit rund 250 Studierenden
- 1985 Aufbauphase abgeschlossen (2500 Studierende)

Nichthochschulkantone sollen zur Kasse gebeten werden

Der Hochschulfonds der Kantone

Der Kanton Luzern und die Zentralschweiz müssen damit rechnen, in absehbarer Zeit zur Kasse gebeten zu werden. Gesetzlich ist es zwar kaum möglich, dass Nichthochschulkantone verpflichtet werden können, solche Beiträge zu leisten; die Gefahr der Diskriminierung jedoch, die wie ein Damoklesschwert über den Studenten aus Nichthochschulkantonen lastet, berechtigt zur Annahme, dass man auf freiwilliger Basis eine Regelung finden müsste. Hierfür setzt sich die Schweizerische Hochschulkonferenz (SHK) seit langem ein. Kürzlich hat diese Koordinationsstelle für das schweizerische Hochschulwesen ein Modell der Öffentlichkeit unterbreitet, welches die Festsetzung der Beiträge ermöglichen würde. Das Modell sieht einen «Hochschulfonds der Kantone» (HFK) vor, der von sämtlichen Kantonen finanziert werden sollte, unabhängig davon, ob Hochschulkanton oder nicht.

Nach dem Modell liessen sich die hypothetischen Beiträge errechnen, welche vom Kanton Luzern bzw. von der Zentralschweiz geleistet werden müssten. Vergleicht man diese hypothetischen Beiträge an den HFK mit den Aufwendungen für eine eigene Universität, so könnten diese finanzpolitischen Überlegungen die Argumentation für oder wider eine Hochschulgründung entscheidend beeinflussen. Berechnet anhand der Studentenzahlen (ohne ETH-Studenten) aus dem WS 75/76 und der Einwohnerzahl im Jahr 1975 nach 5jähriger stufenweiser Erhöhung (50 Fr.), wären die Beiträge an den HFK, wie in der Tabelle am Schluss (als Vergleich dazu sind die Beiträge, welche die Zentralschweizer Kantone gemäss Verteilungsschlüssel des zentralschweizerischen Universitätskontrats an die geplante eigene Universität entrichten müssten, aufgeführt).

Die gezeigte Gegenüberstellung ist sehr theoretisch. Um den wahrscheinlicheren Aufwendungen der Zentralschweizer Kantone für das Hochschulwesen näherzukommen, und zwar inklusive Uni Luzern, muss eine weitere hypothetische Berechnung angestellt werden. Unter der Annahme, dass ein Teil der Studierenden der Zentralschweizer Kantone nicht in Luzern studieren würde oder könnte, wären also noch zusätzlich zu den Auf-

wendungen für die eigene Uni für rund 30 Prozent der Studierenden Beiträge an den HFK zu entrichten.

Diese Beiträge würden sich für den Kanton Luzern auf etwa 3–4 Mio. Franken und für die gesamte Zentralschweiz auf 7–9 Mio. Franken belaufen. Der Beitrag, den die Uni Luzern aus dem HFK erhalten würde, hinge ab von der Anzahl Studierenden aus Nicht-Zentralschweizer Kantonen. Wie viele das sein werden, ist kaum zu sagen, das hängt von vielen Faktoren ab. Falls es ebenfalls etwa 30 Prozent sein würden, wäre der Beitrag aus dem Fonds etwa 2–3 Mio. Franken. Der Saldo könnte somit berechnet werden aus den Abgaben und Zuschüssen an bzw. aus dem HFK. Für die gesamte Zentralschweiz würde der Saldo negativ ausfallen (7–9 Mio. Abgaben minus 2–3 Mio. Zuschüsse = etwa 5,5 Mio. Abgaben).

Es lässt sich zusammenfassen: Nach dem vorliegenden Modell hätte die Zentralschweiz ohne eigene Universität eine beträchtliche Summe von rund 23 Mio. Franken als Beitragsleistung an die bestehenden Kantonalen Universitäten aufzubringen. Dieses Geld würde in jene Regionen fliessen, die bereits wirtschaftlich und kulturell bevorteilt sind. Das regionale Gefälle würde zugunsten der Zentralschweiz noch verstärkt. Demgegenüber wäre mit einer eigenen Universität (zusätzlich zu den 14,4 Mio. Betriebskosten für die eigene Universität) nach ein bescheidenen Beitrag (vgl. Saldo) zu leisten, der angesichts der übrigen wirtschaftlichen und kulturellen Vorteile, die eine Hochschule mit sich brächte, kaum ins Gewicht fallen dürfte. H. S.

Kantone hypothetische Beiträge an die Beiträge an HFK (ohne Luzern) (ohne eigene Uni) (ohne Beiträge an in Mio. Fr. HFK) in Mio. Fr.

Luzern	11,5	10,00
Uri	1,3	0,61
Schwyz	3,6	1,65
Obwalden	0,8	0,44
Nidwalden	1,2	0,66
Zug	4,5	1,22
Zentralschweiz	23	14,4

Der Vergleich dieser Werte weist auf einige Zusammenhänge hin, die es verdienen, hervorgehoben zu werden:

• Das Volkseinkommen des Kantons Luzern beträgt 4550 Mio. Franken. Dies entspricht 3,73 Prozent des gesamtschweizerischen und 50,0 Prozent des zentralschweizerischen Volkseinkommens.

• Von den vergleichbaren Hochschulkantonen weisen Freiburg mit 1,95 Prozent und Neuenburg mit 2,5 Prozent einen wesentlich kleineren Anteil am gesamtschweizerischen Kuchen auf. Betrachtlich höher als diese zwei Hochschulkantone liegt die Zentralschweiz mit 7,52 Prozent des schweizerischen Volkseinkommens. Geht man davon aus, dass Freiburg (3489 Studenten im WS 74/75), Neuenburg (1640) und

volumen wesentlich höher als die vergleichbaren Kantone Freiburg, Neuenburg und St. Gallen.

Die Finanzierung durch den Kanton Luzern

Die Finanzierung der Investitionskosten sollte bereits gesichert sein, da im Rahmen des Ausbaus der Mittelschulen und des Technikums eine Steuererhöhung von 1/20 Einheit beschlossen wurde. Die Einnahmen aus dieser Erhöhung, die sich jährlich auf etwa 6,3 Mio. Franken (berechnet für 1976) beziffern würden, für die Gründungsinvestitionen ausreichen. Obwohl diese Steuererhöhung bereits in diesem Jahr hätte erhoben werden können, hat man darauf verzichtet, so dass sie nach wie vor fällig ist.

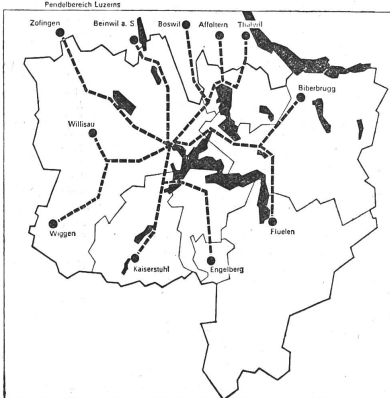
Nach Steuerjahr 1974 führt ein Zuschlag von 1/20 Steuereinheit zu folgender Belastung des Steuerzettels:

Steuerbares Einkommen	Erhöhung in Fr.
20 000	31,70
30 000	56,50
50 000	109,50
100 000	246,50
200 000	510,–

Ein Finanzierungsverschlagn für die Betriebskosten basiert auf dem sogenannten «Umlagerungsprinzip»: Dieses Prinzip geht von der Tatsache aus, dass die Ausgaben im Volksschulwesen in den nächsten Jahren sinken werden, weil der Geburtenrückgang zu einer Reduktion der Volksschüler von etwa 30 Prozent führen wird. Die dadurch ermöglichten Einsparungen von etwa 10 Mio. Franken könnten innerhalb des Bildungssektors für die Hochschule abgezweigt werden. Allerdings verteilen sich diese 10 Mio. Franken gleichermassen auf Kanton und Gemeinden, so dass lediglich 5 Mio. dem Kanton direkt zur Verfügung stehen würden. Diese Umlagerung könnte für viele Leute ein Stein des Anstosses sein. Rufe wie «Warum noch mehr Akademiker, die finden sowieso keine Anstellung» oder «Tut mehr für die Berufsausbildung» usw. sind bekannt. Hier muss sicher grundsätzlich überlegt werden, wo im heutigen Zeitpunkt Investitionen für möglichst viele Kreise richtig platziert wären.

Hans Schmid, Hochschulkomitee der Zentralschweizer Jugend

- Literaturhinweise:
Schweizerischer Wissenschaftsrat (SWR): Jahresberichte 1964–76, Bern.
Schweizerische Hochschulkonferenz (SHK): Jahresberichte 1969–76, Bern.
Botschaft über die Förderung der Hochschulen und die Forschung vom 4. Oktober 1976.
Botschaft des Regierungsrates des Kantons Luzern an den Grossen Rat vom 20. Juni 1977.
C. A. Zehnder: Von der Studentenzahl zur Hochschulreform. ETH Zürich 1975, p. 71.
Bericht der Hochschulkonferenz vom 1969, p. 127.
Hochschulkomitee der Zentralschweizer Jugend (HKZJ) und VSS: Das Zentralschweizer Universitätsprojekt Luzern – Arbeitsplan SS 1976, Oktober 1977.
Luzerner Pressedienst für Hochschullehrer Nr. 25, Hing. Stellung zur Förderung der Hochschule Luzern.
SHK: Der Beitrag der Nicht-Hochschulkantone an das höhere Bildungswesen der Schweiz, Bern/Genf 1975.



TAGESANZEIGER MAGAZIN

85. Jahrgang Nr. 18 Auflage 250 000 Preis mit Magazin Fr. 1.-

Zürich, Samstag, 22. Januar 1977

Tages Anzeiger MAGAZIN

Überparteiliche schweizerische Tageszeitung

Geschäftsstelle: 2018, 1. Geschübstrasse 51
Brettstr. Postfach, 8021 Zürich
Druck: Obermerli, Lorenz & Co. AG, T-102 30 100
Anzeigen: von 10 bis 17 Uhr, Tel. 25 15 15
Abbestellen: 21.45 bis 20.00, Tel. 25 15 15

Abbestellen: Tel. 25 15 15, Fax 25 15 15
Abbestellungsform auf Seite 18
Druckerei: Obermerli, Lorenz & Co. AG, T-102 30 100
Telefon: Tel. 25 15 15, Telefax: (27) 71 820
Postfach: 1.20.0277, 8021 Zürich, grüner Brief

Arrestbeschwerden nicht mehr beim Oberanwalter

Libérale Lösung setzt sich gegen den Widerstand der katholischen Kirche im Parlament durch

Der Winterpark

DER ZWEITE BILDUNGSWEG.

Er verschafft Ihnen Zugang zur russischen und chinesischen Aussenpolitik.

Er macht Ihnen klar, warum der neue amerikanische Präsident nicht mehr so oft lächelt wie während des Wahlkampfes.

Er öffnet Ihnen den Weg in die Welt der schwarzen und der roten Zahlen. Denn er berichtet Ihnen täglich über das wirtschaftliche Geschehen.

Er sagt Ihnen jeden Tag, wer gewonnen und wer verloren hat. Denn er widmet sich intensiv dem Sport.

Er verrät Ihnen schon am frühen Morgen, was Sie am Abend in Zürich alles verpassen könnten.

Er verhilft Ihnen zweimal pro Woche zu einem Job, der Ihnen das Geld bringt für Ihr Studium. Mit einem reichen Stellenangebot.

Er bringt Ihnen jeden Samstag ausführliche und gut fundierte Berichte aus Politik, Kultur und Wissenschaft. Mit seinem Magazin, in dem auch Leute wie Peter Bichsel, Hugo Loetscher und Jürg Federspiel zu Wort kommen.

Er kostet Sie pro Jahr, abzüglich 30 Prozent Studentenrabatt, Fr. 72.80. Einschreiben können Sie sich mit dem untenstehenden Coupon (kein Numerus clausus).

COUPON

Den Bildungsweg, der so vielseitiges Wissen mit 30 Prozent Rabatt vermittelt, möchte ich kennenlernen.

Schicken Sie mir bitte den Tages-Anzeiger 2 Wochen lang gratis.

Ich möchte den Tages-Anzeiger abonnieren. (Die ersten 2 Wochen sind gratis.)

Ich wünsche folgende Zahlungsart:

- monatlich Fr. 6.45
- vierteljährlich Fr. 18.55
- halbjährlich Fr. 36.75
- jährlich Fr. 72.80

Name: _____

Strasse: _____

PLZ, Ort: _____

Fakultät: _____

Semester: _____ 7410

Bitte ausschneiden und senden an:
Tages-Anzeiger, Vertrieb
Postfach, 8021 Zürich

WEIL MAN HEUTE SO VIEL WISSEN MUSS.